

Die Russische Freiwillige Westarmee in Kurland 1919. Regionale Besatzungspraxis im Spannungsfeld zwischen Imperialismus und Selbstbestimmung

Thomas Rettig 

ABSTRACT

The West Russian Volunteer Army in Courland 1919: Regional Practice of Occupation between Imperialism and Self-Determination

The terms “self-determination,” “democracy,” and “national autonomy” were omnipresent after the end of World War I. Yet it was not only actors with revolutionary or nation-state agendas who used these popular slogans. Representatives of the just-collapsed Empires in Eastern Europe also explained their actions in the violent phase of negotiating future state order with these terms and thus—intentionally or unintentionally—contributed to the establishment of the corresponding vocabulary. Often, however, it remained unclear which concrete political objectives were concealed behind the buzzwords.

The article explores this question using the example of the West Russian Volunteer Army and its commander-in-chief Pavel Bermond-Avalov. This army appeared for a short period in 1919 as an occupying force in Courland and in the north of Lithuania and represents a special example of an imperialist military enterprise in the civil wars of Central and Eastern Europe. The personnel composition of this army and the political circles associated with it combined objectives that included the restoration of the Tsarist empire, the retention of regional self-government by the Baltic German elites, and the safeguarding of German war aims in Eastern Europe.

Since the competition for regional state reorganization was fought not least with propagandistic means, the actors tried to communicate their own understanding of a right to national self-determination to the population of the occupied territory as well as to the interested world public. The article examines both this communicative strategy and the way in which the political promises were institutionalized on the ground.

KEYWORDS: imperialism, self-determination, propaganda, civil war, White movement, Courland, Latvia

Declaration on Possible Conflicts of Interest

The author has declared that no conflicts of interest exist.

Funding Statement

The author received no specific funding for this work.

Thomas Rettig, M.A., University of Greifswald, thomas.rettig@uni-greifswald.de, <https://orcid.org/0009-0006-0774-6800>

Die Russische Freiwillige Westarmee in Kurland 1919. Regionale Besatzungspraxis im Spannungsfeld zwischen Imperialismus und Selbstbestimmung - ZfO / JECES 73/2024/1
(received 2022-12-20, accepted 2023-05-11)

DOI: <https://doi.org/10.25627/202473111475> – eISSN 2701-0449, ISSN 0948-8294



1 Einleitung

Am 21. Oktober 1919 veröffentlichte die *Freie Deutsche Soldatenzeitung Die Trommel* ein Interview mit Oberst Pavel Bermond-Avalov, dem Oberkommandierenden der Russischen Freiwilligen Westarmee (Zapadnaja Dobrovol'českaja Armija). Hanns Dohrmann, Schriftleiter der Zeitung, hatte den Oberst zuvor in dessen Stabsquartier aufgesucht, das sich wie auch die Redaktion der *Trommel* im kurländischen Mitau (Jelgava) befand, und ihn zu verschiedenen tagespolitischen Themen befragt. In diesem Gespräch stellte Dohrmann auch gewissermaßen eine der Gretchenfragen des Jahres 1919: „Wie fassen Sie die Demokratie auf, Herr Oberst?“¹ Obwohl Dohrmann anklingen ließ, man unterstelle Bermond-Avalov, dass er „reaktionäre Absichten“² hege sowie ein „Schrittmacher des Zarismus“³ sei, war der Offizier um eine Antwort alles andere als verlegen:

„Das weiß ich“, rief er aus, „es fehlt an Leuten nicht, die mich anschwärzen oder schwarz machen wollen. Aber ich kann Sie versichern, ich bin kein Reaktionär. Ich stelle mich auch innerlich auf den Boden der Demokratie. Demokratie aber bedeutet nicht, daß alle Welt zu Proletariern wird und auf ein tieferes Niveau hinabgleitet. Unter Demokratie verstehe ich das Bestreben, die breiten Massen zu heben und die Geneigtheit der höheren Schichten, der neuen Zeit Rechnung zu tragen und aus einer Höhe herabzusteigen, die überflüssig geworden ist. In der Mitte muß sich alle Welt in einer gemeinsamen gehobenen Lebensform finden. Das ist wahre Demokratie und in diesem Sinne will ich handeln und soll vom Zentralrat das von mir besetzte Gebiet verwaltet werden. Die Letten sprengen häßliche Gerüchte über mich aus. Das ist unrecht von ihnen, denn sie sollen national frei werden und ihr Schicksal selbst bestimmen.“⁴

Dabei konnte Bermond-Avalov sich weitgehend sicher sein, mit diesen Ausführungen keine kritischen Nachfragen zu riskieren. Schließlich war der Fragensteller Teil seines eigenen Propagandaapparats, und die Leserschaft der *Trommel* bestand wohl in erster Linie aus den Soldaten seiner eigenen Armee. Dennoch überrascht das (zugegebenermaßen recht vage formulierte) demokratische Bekenntnis des Heerführers ebenso wie die formulierte Absicht, das von seiner Armee besetzte Gebiet in Kurland nach den Maßstäben nationaler Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung verwalten zu wollen. Schließlich hatten ebenjener Bermond-Avalov und seine mehrheitlich aus deutschen Freiwilligen bestehende Westarmee dreizehn Tage zuvor den Angriff auf Riga und somit den Sitz der provisorischen Regierung der im November 1918 proklamierten Republik Lettland eröffnet. Seitdem befanden sie sich in einem blutigen Konflikt mit der die Stadt verteidigenden lettländischen Armee. Nicht erst dieser gewaltsame Akt hatte Bermond-Avalov den von Dohrmann erwähnten

¹ Eine Unterredung mit dem Fürsten Awaloff-Bermond, in: Neuntes Extrablatt der „Trommel“ vom 21.10.1919.

² Ebenda.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

Ruf eingebracht, als „Schrittmacher des Zarismus“ zu gelten und „reaktionäre Absichten“ zu vertreten. Entsprechende Eindrücke konnte auch das Interview in der *Trommel* nicht widerlegen, da der Offizier wenige Sätze später sein Bekenntnis zu Demokratie und Selbstbestimmung etwas konkretisierte:

„Es freut mich im höchsten Grade, daß mir aus allen Teilen Kurlands Sympathie-Kundgebungen zugehen, daß man überall in Kurland die weiß-blau-rote Fahne gehißt hat und an eine freie Zukunft der westrussischen Gebiete unter der Schutzherrschaft eines freien, neuen und geläuterten Rußlands glaubt. Ich selbst glaube an ein solches Rußland.“⁵

Diese Worte verdeutlichen einerseits, dass das Demokratieverständnis des Oberbefehlshabers der Westarmee nur so weit reichte, wie sich die Bevölkerung Kurlands zur Trikolore des Zarenreiches bekannte. Zum anderen zeigen sie aber auch, dass selbst ein überzeugter Monarchist und Imperialist wie Bermond-Avalov im Jahr 1919 nicht ohne ein Bekenntnis zum Begriffstriptychon aus „Selbstbestimmung“, „Demokratie“ und „Nationalstaatlichkeit“ auszukommen schien, sofern er als Akteur der Neuordnung ernst genommen werden wollte. Damit steht er exemplarisch für das Phänomen, dass die Verwendung der von Lenin und Woodrow Wilson populär gemachten Schlagwörter nicht nur Akteuren mit revolutionärer oder nationalstaatlicher Agenda vorbehalten war. Auch Vertreter der *alten* imperialen Ordnungen im östlichen Europa, die in den Wirren von Weltkrieg, Revolution und Bürgerkrieg zwar ihr Machtmonopol eingebüßt hatten, nicht aber ihre Ambitionen, den Prozess der Neuordnung Europas entscheidend mitzugestalten, wollten ihr Handeln offensichtlich mit den für den Diskurs maßgeblichen Begriffen erklären und sorgten somit ihrerseits dafür, dass sich ein entsprechendes Vokabular verfestigte. Oftmals blieb jedoch unklar, welche konkreten politischen Zielsetzungen sich hinter den verwendeten Worthülsen verbargen.⁶

Dieser Frage soll in dem vorliegenden Aufsatz am Beispiel der Westarmee nachgegangen werden. Diese Armee, die im Spätsommer und Herbst 1919 für einen kurzen Zeitraum als Besatzungsmacht in Kurland und im Norden Litauens auftrat, stellt ein besonderes Beispiel einer imperialistischen Militärunternehmung in den „Nachkriegen“ Mittel- und Osteuropas dar. In der personellen Zusammensetzung dieser Armee und der mit ihr assoziierten politischen Kreise verbanden sich nämlich Zielsetzungen, die sowohl eine Wiederherstellung des Zarenreiches in seinen Vorkriegsgrenzen, die Beibehaltung der regionalen Selbstverwaltung der Ostseegebiete durch die deutschbaltischen Eliten als auch die Rettung der deutschen Kriegsziele im Osten Europas umfassten. Mit dieser Heterogenität ihrer Absichten einer Re-Imperialisierung der Region stand die Armee somit nicht nur in Opposition zur Weltrevolution der *bol'sheviki*, sondern

⁵ Ebenda.

⁶ Zur Vielschichtigkeit der Selbstbestimmungsdiskurse in dieser Zeit vgl. z. B. BORISLAV CHERNEV: The Brest-Litovsk Moment. Self-Determination Discourse in Eastern Europe before Wilsonianism, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011), 3, S. 369–387; EREZ MANELA: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anti-colonial Nationalism, Oxford – New York 2009.

auch zu den neu proklamierten Nationalstaaten des baltischen Raumes. Da der Wettstreit um die staatliche Neuordnung nicht nur mit militärischen, sondern nicht zuletzt auch mit propagandistischen Mitteln ausgetragen wurde, versuchten die Akteure der Westarmee der Bevölkerung des besetzten Gebiets sowie der interessierten Weltöffentlichkeit ihr eigenes Verständnis eines nationalen Selbstbestimmungsrechts nach demokratischen Grundsätzen zu vermitteln. Dabei beschränkte sich diese Praxis nicht auf eine kommunikative Strategie, sondern umfasste darüber hinaus die Einsetzung neuer Institutionen zur zivilen Administration des Besatzungsgebiets sowie eine Vielzahl konkreter sicherheits- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die der Vorbereitung einer staatlichen Neuordnung der Region unter imperialen Bedingungen dienen sollten. Wie diese kommunikative Strategie aussah, wie politisches und militärisches Handeln vor Ort erklärt und institutionalisiert wurde und nicht zuletzt welchen inneren und äußeren Zwängen dieses Handeln unterworfen war, soll Gegenstand dieses Beitrags sein.

Die Fokussierung auf die Binnenperspektive der Westarmee bietet dabei die Gelegenheit, die Sichtweisen auf das Geschehen des Bürgerkriegs und des gesellschaftlichen Umbruchs in Mittel- und Osteuropa punktuell zu erweitern. Generell lässt sich beobachten, dass schon die zeitgenössische Beurteilung der deutsch-russischen Militärunternehmung im Baltikum durch eine extreme Polarisierung gekennzeichnet war und die fast schon realsatirisch anmutende Verquickung reaktionärer Zielsetzungen nicht nur in ihrer Gegenwart mit viel Spott und Polemik bedacht wurde, sondern auch von Historikern gern zur Anekdote oder Fußnote der europäischen Geschichte degradiert wird.⁷ Eine ernsthafte Untersuchung der politisch-gestalterischen Positionen der in der Westarmee versammelten Akteure verspricht hingegen nicht nur neue Erkenntnisse hinsichtlich des Selbstverständnisses jener Personen und Gruppen, die eine weitere Anbindung der baltischen Gebiete an das russländische Imperium mit dem Argument der Selbstbestimmung vertraten. Vielmehr betont ein solcher Ansatz auch, dass die Durchsetzung der nationalstaatlichen Ordnungen im Bürgerkriegsgeschehen nicht als Selbstverständlichkeit anzusehen ist. Warum das alternative Ordnungskonzept der Westarmee jedoch keine Wirkmächtig-

⁷ Die Westarmee wird von der Historiografie zumeist als Randphänomen anderer Thematiken behandelt, wie etwa der russischen Emigration in Deutschland, der gegenrevolutionären weißen Bewegung, der Auseinandersetzungen mit den Unabhängigkeitskriegen im Baltikum oder des Gewalthandelns deutscher Freikorps. Zu den wenigen verlässlichen Ansätzen, die die politischen Aspekte der Militärunternehmung beleuchten, gehören die Arbeiten von Wilhelm Lenz. Siehe z. B. WILHELM LENZ: *Deutschbalten und Bermondts. Ihre Zusammenarbeit während der zweiten Hälfte des Jahres 1919*, in: BORIS MEISSNER, DIETRICH A. LOEBER u. a. (Hrsg.): *Die deutsche Volksgruppe in Lettland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-lettischen Verhältnisses*, Hamburg 2000, S. 15–39.

keit entfalten konnte und anscheinend an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung vorbeiging, soll im Folgenden erörtert werden.⁸

2 Die Genese der Westarmee als regionale Besatzungsmacht in Kurland

Doch wie war die Westarmee überhaupt zu einem Akteur des vielschichtigen Bürgerkriegsgeschehens im Baltikum und zur Besatzungsmacht in Kurland geworden? Als der Angriff der unter dem russländischen Banner vereinten Freiwilligeneinheiten auf Riga am 8. Oktober 1919 für einen europaweiten Aufschrei in der demokratisch orientierten Presse sorgte, rätselte die interessierte Öffentlichkeit nicht zuletzt, wer der bis dato unbekannte Heerführer Pavel Bermond-Avalov war, der vorgab, hier im Namen der Weißen Bewegung eine neue Westfront des Russischen Bürgerkriegs zu eröffnen.⁹ Sein rascher Aufstieg zum Oberkommandierenden der Westarmee hatte im Frühjahr desselben Jahres in Kriegsgefangenenlagern in Deutschland begonnen, wo er mit Zustimmung der deutschen Regierung ein russländisches Freiwilligenkorps aufstellte und dieses nach Kurland brachte, um dort in das Kriegsgeschehen einzugreifen. Zu diesem Zeitpunkt musste Kurland für einen russländischen Offizier, der auf die deutsche Karte setzte, als logische Wahl erscheinen. Als Bermonds Freiwilligenkorps Berlin im Mai 1919 per Eisenbahn verließ, befanden sich reichsdeutsche militärische Verbände in Unterstützung der Baltischen Landeswehr auf einem siegreichen Vormarsch, um die Truppen der *bol'seviki* aus den baltischen Gebieten zu vertreiben. Allerdings sollte sich das Blatt im unübersicht-

⁸ Damit folgt der Beitrag der methodischen Konzeption dieses Themenhefts. Vgl. REINHART KOSELLECK: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1979; sowie auch ANDREAS SCHEDLER: *Taking Uncertainty Seriously. The Blurred Boundaries of Democratic Transition and Consolidation*, in: *Democratization* 8 (2001), 4, S. 1–22. Konkret die Westarmee betreffend siehe auch ĒRIKS JĒKABSONS: *Nevērtēsim Bermontu pārāk zemu. Krievijas arhīvu ziņas par Pāvēla Bermonta biogrāfiju* [Unterschätzen wir Bermont nicht. Nachrichten aus russischen Archiven über die Biografie von Pavel Bermond], in: *Latvijas Avīze* vom 01.12.2014, <https://www.la.lv/nevertesim-bermontu-parak-zemu> (08.10.2021).

⁹ Auch heute noch sind viele Aspekte der Lebensgeschichte Bermonds unklar. Unbestritten ist, dass er die Wirren der Revolutionszeit nutzte, um seinen Lebenslauf auszuschnüffeln. Da er erst zu dieser Zeit begann, den Namen und Titel „Fürst Avalov“ zu tragen, wird in diesem Beitrag der Name „Bermond“ verwendet. Für eine neuere Auseinandersetzung mit seiner Biografie siehe: IGOR' BARINOV, IVAN STRELKOV: „Kto vy, knjaz' Avalov?“ *Portret političeskogo avantjurista vremen Graždanskoj vojny v Rossii* [„Wer sind Sie, Fürst Avalov?“ Porträt eines politischen Abenteurers in der Zeit des Russischen Bürgerkriegs], in: *Forum novejšej vostočnoevropejskoj istorii i kultury* 2 (2017), S. 136–156. Bermonds eigene Memoiren sind unter dem Titel erschienen: *Im Kampf gegen den Bolschewismus. Erinnerungen von General Fürst Awaloff. Oberbefehlshaber der deutsch-russischen Westarmee im Baltikum, Glückstadt – Hamburg 1925.*

lichen Geschehen des Bürgerkriegs bald nach der Ankunft Bermondts wenden, wenn auch noch gänzlich ohne dessen Zutun. Kurz nach der Einnahme Rigas am 22. Mai hatten sich die deutschbaltischen und reichsdeutschen Formationen nämlich nicht Richtung Osten gewandt, um der sich auf dem Rückzug befindlichen Roten Armee zu folgen, sondern setzten ihren Feldzug in nördlicher Richtung fort, wo sie bei Wenden (Cēsis) die Auseinandersetzung mit der estnischen Armee und lettischen Verbänden suchten. Als die Landeswehr diese Schlacht jedoch verlor, sollte der anschließende Waffenstillstandsvertrag von Strasdenhof (Strazdumuiža) ebenso wie die fast zeitgleich erfolgte deutsche Unterschrift unter den Versailler Vertrag einer bis dato immer offener vertretenen „deutschen Machtpolitik in Lettland“¹⁰ vorerst ein Ende bereiten.

Dass diese geopolitischen Interessen in der Tradition der Ostpolitik der Weltkriegszeit nicht mit den Zielen der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nationalstaaten in Einklang standen, hatte sich nicht erst durch die direkte militärische Auseinandersetzung bei Wenden offenbart. Schon in den Monaten zuvor hatten sowohl das deutsche Oberkommando unter General Rüdiger von der Goltz als auch Teile der alten deutschbaltischen Elite in den Ritterschaften aktiv gegen die vom Lettischen Volksrat ernannte provisorische Regierung von Ministerpräsident Kārlis Ulmanis gearbeitet und wo immer möglich behindert. Diese Politik hatte sich am deutlichsten während des Libauer Putsches am 16. April offenbart, als Ulmanis und seine Minister einer Verhaftung nur entgehen konnten, indem sie sich auf ein Schiff unter britischem Schutz retteten und fortan eine deutschfreundliche Regierung unter dem Pastor Andrievs Niedra die Macht übernahm.

Der Entente war dieses Erstarken deutschen Einflusses natürlich ein Dorn im Auge, und so zielten die Waffenstillstandsbedingungen von Strasdenhof nicht zuletzt auf dessen Eindämmung ab, indem der Ulmanis-Regierung die Kontrolle über die Gebiete der proklamierten Republik Lettland ermöglicht werden sollte und die deutschen Truppen- und Freiwilligenverbände sich endgültig aus der Region zurückziehen sollten. Die Baltische Landeswehr wurde entsprechend der Waffenstillstandsbedingungen einem englischen Befehlshaber unterstellt und an die Front gegen die Rote Armee transferiert. Bezüglich der reichsdeutschen Verbände und Freikorps bestand die Entente nun vehement auf dem artikulierten Räumungsbefehl, und es wurde offensichtlich, dass die bis dato praktizierte deutsche und deutschbaltische Hinhaltenaktik nicht mehr lange erfolgreich sein würde.

Es bedurfte anderer Lösungsansätze, um die deutsche Besatzungsmacht im Land halten zu können. Hier wurde die Anwesenheit Bermondts und seiner Soldaten relevant, da diese den deutschen Freiwilligen in Kurland die Gelegenheit bot, den erfolgten Räumungsbefehl der deutschen Regierung zu umgehen, indem sie einfach in russländische Dienste übertraten. So kam es, dass die auf diese Weise formierte Russische Freiwillige Westarmee schließlich in der

¹⁰ WILHELM LENZ: Deutsche Machtpolitik in Lettland im Jahre 1919. Ausgewählte Dokumente des von General Rüdiger Graf von der Goltz geführten Generalkommandos des VI. Reservekorps, in: Zeitschrift für Ostforschung 36 (1987), 4, S. 523–576.

großen Mehrzahl aus deutschen Soldaten bestand, als Bermondts Anfang Oktober durch General von der Goltz auch formell der Oberbefehl über alle in Kurland stehenden Truppen übertragen wurde. Allerdings konnte auch der Flaggenwechsel das Misstrauen nicht beseitigen, das die Entente und die Ulmanis-Regierung, die nach ihrer Wiedereinsetzung nun in Riga residierte, der deutsch-russischen Unternehmung entgegenbrachten, sodass der Westarmee fortan der Durchmarsch zur Front mit der Roten Armee verweigert wurde. Daraufhin begann Bermondts, aufgrund fehlender finanzieller Mittel zu kurzfristigen Erfolgen verdammt, am 8. Oktober 1919 den Angriff auf Riga.¹¹

3 Das Recht auf Selbstbestimmung als Propagandainstrument imperialistischer Besatzungspraxis

Auch wenn die Geschichte der Westarmee in Lettland eine vergleichsweise kurze ist – nicht einmal zwei Monate nach dem Angriff auf Riga war die Armee aufgerieben und über die ostpreußische Grenze aus den baltischen Gebieten verschwunden¹² –, so betrifft sie doch eine Besatzungsmacht in der Zeit des Umbruchs im postimperialen Raum des östlichen Europas, als über neue staatliche Ordnungen sowohl an den Verhandlungstischen in Paris als auch auf den Schlachtfeldern vor Ort entschieden wurde. Dies mag erklären, warum Bermondts und seine Mitstreiter ihre Macht in dem von der Westarmee besetzten Gebiet nicht allein mit militärischer Gewalt durchsetzen wollten, sondern mittels verschiedener Propagandaorgane politische Angebote zur Neugestaltung staatlicher Ordnung an die lokale Bevölkerung übermittelten. Dabei ist davon auszugehen, dass es ihnen mindestens ebenso wichtig war, dass diese Angebote bis zu den Entscheidungsträgern der Entente sowie nach Riga gelangten, um die demokratischen Kräfte dort ebenso von der Überlegenheit einer russländischen Zukunft der Gebiete Lettlands zu überzeugen. Man musste – so der feste Glaube aller Beteiligten – die politischen Schlagworte besetzen, die den zeitgenössischen gesellschaftlichen Diskurs beherrschten – „Demokratie“, „nationale Autonomie“ und „Selbstbestimmungsrecht“ –, und in die politische Praxis übersetzen, um als Akteur in der Nachkriegswelt ernst genommen zu werden. Aber es gab auch weitere Gründe, die Bermondts und seinen Beraterkreis dazu veranlassten, der örtlichen Bevölkerung politische Angebote zu unterbreiten. So hatte er in dem Interview mit der *Trommel* ausgeführt:

¹¹ Zum Verlauf des Bürgerkriegs in Lettland: GEORG VON RAUCH: Geschichte der baltischen Staaten, Stuttgart u. a. 1970, S. 50–66; LENZ, Machtpolitik, S. 523–535; LENZ, Deutschbalten.

¹² Tatsächlich bestand 1919 noch eine direkte Grenze zwischen Lettland und Ostpreußen, da die Hafenstadt Polangen (Palanga) erst 1921 Teil Litauens wurde. Vgl. JAN KUSBER: Überleben zwischen den Großmächten. Lettische Außenpolitik, in: IVARS ĪJABS, JAN KUSBER u. a. (Hrsg.): Lettland 1918–2018. Ein Jahrhundert Staatlichkeit, Paderborn 2018, S. 51–62, hier S. 54 f. Während einzelne Einheiten Kurland auf diesem Weg verließen, ging der Rückzug aber größtenteils über die Bahnlinien durch litauisches Territorium vonstatten.

„Ich habe mir in der früheren russischen Provinz Kurland eine militärische Basis geschaffen, von der aus ich den Vormarsch auf Moskau antreten werde. Ich muß mir den Rücken decken. [...] Ich muß dafür sorgen, daß nicht noch einmal ein lettisch-estnischer Angriff mein ganzes Unternehmen gefährdet. Zu diesem Zweck habe ich die Verwaltung des von meinen Truppen besetzten Gebietes dem westrussischen Zentralrat übergeben, der in demokratischem Sinne handeln wird und sich zum Prinzip gemacht hat, der nichtrussischen Bevölkerung dieser Gebiete eine autonome Verfassung zu geben.“¹³

Bei der Ankündigung einer auf demokratischen Prinzipien beruhenden Besatzungspolitik spielten also auch pragmatische Sicherheitsüberlegungen eine gewichtige Rolle. Wenn der militärische Feldzug Erfolg haben sollte, war man auf die Unterstützung der örtlichen Bevölkerung angewiesen, um die Gefahr von Angriffen im Rücken der Front möglichst gering zu halten. Diese Gefahr war für die Westarmee durchaus präsent. Mit dem Oberbefehl hatte Bermondts offiziell auch die Verwaltung des Etappengebiets übernommen, das grob den Grenzen des ehemaligen Gouvernements Kurland entsprach. Diese Region und seine Bewohner waren in besonderem Maße von den Ereignissen des Weltkriegs, der Revolutionen und des Bürgerkriegs betroffen gewesen. Die verheerende Zerstörung begann mit dem Rückzug der Zarenarmee im Verlauf des Jahres 1915, bei dem nicht nur der Großteil der Bevölkerung evakuiert wurde, sondern eine Politik der verbrannten Erde und Industrie-Demontage verfolgt wurde. Die anschließende deutsche Okkupation Kurlands ging von Anfang an über die Zielsetzungen einer klassischen Besatzungsverwaltung hinaus. Stattdessen verfolgte der Apparat des Oberbefehlshabers Ost den Aufbau staatlicher Strukturen mit einer Zivilisierungsutopie unter dem Motto „deutsche Arbeit“¹⁴. Dieser Anspruch ließ sich jedoch aufgrund mangelnder Effizienz und eines rücksichtslosen Umgangs mit Land und Leuten nicht verwirklichen und sorgte im Gegenteil für einen fortschreitenden Zerfall ordnender Strukturen und die Bildung lokaler bewaffneter Gruppen, die die Lage zusätzlich destabilisierten. Nach dem Zerfall der deutschen Ostfront war das Land dem wechselnden roten und weißen Terror ausgesetzt, der bis in den Herbst 1919 anhielt, sodass von einer sicherheitspolitischen Stabilität für die lokale Bevölkerung eigentlich nie die Rede sein konnte.¹⁵

Doch auch die Westarmee selbst agierte – allen geäußerten Ansprüchen ihres Oberkommandierenden zum Trotz – nicht nur im Sinne der Herstellung von Ordnung. Wie auch schon zu Zeiten des deutschen Oberkommandos wurden vielfach Gewaltakte im Sinne eines präventiven Terrors von Armeeangehörigen gegenüber mutmaßlichen Partisanen mit bolschewistischer oder nationallettischer Agenda verübt. Hinzu kam der unkontrollierte Terror von Freikorpsangehörigen sowie auch den immer noch in großer Zahl im Land

¹³ Eine Unterredung mit dem Fürsten Awaloff-Bermondts (wie Anm. 1).

¹⁴ VEJAS G. LIULEVICIUS: *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002, S. 18.

¹⁵ Zu den Kriegserfahrungen in Kurland vgl. ebenda, passim; RAUCH, S. 43–50.

befindlichen Abenteurern in Uniform gegenüber der örtlichen Bevölkerung.¹⁶ Gerade diese willkürlichen Gewalthandlungen aus den eigenen Reihen mussten von der Armeeführung unterbunden werden, wenn sie ihre guten Absichten für Land und Leute glaubhaft vertreten wollte.

Vor diesem Hintergrund der allgegenwärtigen Gewalt muss es fraglich erscheinen, inwieweit die Umsetzung von demokratischer Selbstbestimmung für die arg gebeutelte örtliche Bevölkerung überhaupt oberste Priorität haben konnte. Angesichts der seit 1914 permanenten gewaltsamen Umordnungsprozesse erscheint es vielmehr naheliegend, dass zunächst Bedürfnisse nach Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität erfüllt werden mussten. Wer die Zukunft gestalten wollte, musste zunächst einmal beweisen, dass man den Herausforderungen der Gegenwart gewachsen war.¹⁷ Dass diese beiden Aspekte – Ordnung und Selbstbestimmung – eng miteinander verknüpft waren, offenbart auch die erste offizielle Proklamation des Oberbefehlshabers der Westarmee an die Bewohner des Besatzungsgebiets, in der Bermondts erklärte:

„Als Vertreter der Russischen Macht habe ich am 21. August d. J. nach Abzug der deutschen Truppen die Leitung und den Schutz des Lettländischen Gebietes übernommen.“¹⁸

Ich erkläre allen Einwohnern, daß ich in Zukunft keine Störung der Ordnung zulassen werde, noch Anschläge auf Personen oder Eigentum, wem es auch gehören möge.

Ich fordere alle ohne Unterschied der Nationalität, Partei oder Glaubensbekenntnisses auf, zur friedlichen Tätigkeit zurückzukehren und sich den von mir eingesetzten und bestätigten Behörden in allem zu fügen, eingedenk dessen, daß die russische Oberhoheit stets für das Wohlergehen und Gedeihen des Landes bemüht war und ihm im Laufe langer Jahre zum Frieden verholfen hatte.

Die von mir aufgestellte Armee zieht gegen die Bolschewisten, die schlimmsten Feinde des Volkes – mit denen Bösewichte zum Friedensschluß bereit sind – in den Kampf, um Rußland von ihrem Sklavenjoch zu befreien. Ich fordere die Bevölkerung auf, mich in meinem Unternehmen mit allen Kräften zu unterstützen und den Einflüsterungen von Seiten der Gegner der Freiheit und Kultur kein Gehör zu schenken.

¹⁶ Zum Gewalthandeln der Freikorps siehe z. B. LIULEVICIUS, S. 278–300.

¹⁷ Die enorme Bedeutung der Wiederherstellung staatlicher Strukturen für die Bürgerkriegsgesellschaften betont auch: JOSHUA SANBORN: *The Genesis of Russian Warlordism. Violence and Governance during the First World War and the Civil War*, in: *Contemporary European History* 19 (2010), 3, S. 195–213, hier S. 212 f.

¹⁸ Tatsächlich erfolgte die offizielle Übergabe des Oberbefehls über die nach wie vor im Lande befindlichen deutschen Truppen erst am 3. Oktober. Mit dem 21. August bezieht sich Bermondts wohl auf seine Ernennung zum Oberbefehlshaber über die russländischen Truppen in Kurland und Litauen durch den Militärpolitischen Rat in Berlin. Vgl. HANS-ERICH VOLKMANN: *Die Russische Emigration in Deutschland 1919–1929*, Würzburg 1966, S. 69 ff.

Alle Uebeltäter werde ich streng bestrafen, den Armen helfen und diejenigen, denen Unrecht geschehen ist, schützen.

In den von mir besetzten Lettländischen Gebieten werde ich alle Vorbereitungen treffen, die für die Selbstbestimmung gemäß dem Wunsche der Bevölkerung erforderlich sind.“¹⁹

An dieser ersten Proklamation lassen sich bereits die drei Kernaspekte ablesen, die fortan im Fokus der Kommunikationsstrategie der Westarmee stehen sollten: die Verbundenheit der Völker im Kampf gegen den Bolschewismus, die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung sowie die Vorbereitung der staatlichen Neuordnung des Besatzungsgebiets gemäß den Prinzipien der Selbstbestimmung. Auch in der Art und Weise ihrer Verbreitung kann diese erste Proklamation als beispielhaft für die Kommunikationskanäle der Westarmee gelten. So wurde die Proklamation in dreisprachiger Ausgabe (Deutsch, Russisch, Lettisch) als Flugblatt sowie in der Presse veröffentlicht. Die örtlichen Zeitungen unterlagen zwar offiziell keiner Zensur, hatten aber doch offiziösen Charakter, da die Besatzungsmacht sich vorbehielt, kritische Artikel zu sanktionieren.²⁰ Neben der schon erwähnten Soldatenzeitung *Die Trommel* erschienen im direkten Umfeld der Armee noch die russische Soldatenzeitung *Zapadnij Kraj* (Das Westgebiet) sowie bis zum 30. Oktober das *Mitausche Tageblatt*. Auf diese Weise verfügte die Armeeführung zwar über ein Meinungsmonopol im besetzten Gebiet, jedoch waren auch die Zeitungsredaktionen unterschiedlichster politischer Couleur in Riga und Libau (Liepāja) gut über das dortige Geschehen informiert, und es ist davon auszugehen, dass sich entsprechende alternative Sichtweisen auch in Kurland selbst verbreiten konnten.

Eine Konkurrenz in der Deutungshoheit über die Ereignisse war also durchaus gegeben, sodass eine Propagandastrategie der Westarmee darin bestand, die Legitimität des eigenen Gestaltungsanspruchs mit der Unfähigkeit des politischen Gegners zu begründen. Insbesondere wurde der Ulmanis-Regierung sowie der Entente die Kündigung des antibolschewistischen Konsenses unterstellt. Die lettländische provisorische Regierung – von Bermondts sowohl in der Proklamation als auch im Interview als „Bösewichte“ bezeichnet – hatte mit der Aufnahme von Friedensverhandlungen mit den *bol'sheviki* dafür den Anlass gegeben. Die Weigerung, die Westarmee durch lettisch kontrolliertes Gebiet an die Front mit der Roten Armee marschieren zu lassen, konnte gemäß dieser Argumentation nur ein weiteres Indiz für die angebliche Sympathie der Regierung gegenüber den *bol'sheviki* sein. Als schließlich auch noch britische Kriegsschiffe in den Konflikt zwischen Westarmee und lettländischen Truppen eingriffen und Stellungen der Westarmee am südwestlichen Dünaufer beschossen,

¹⁹ Allen Einwohnern! [undatiert], in: Dokumentensammlung des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg (DSHI), 120 Generalkommando 4, Bl. 24; wortgleiche Veröffentlichung in: Mitausches Tageblatt vom 08.10.1919.

²⁰ Tagesbefehl Nr. 1 des Militär-Gouverneuren [sic!] für das von der Freiwilligen Westarmee besetzte Gebiet, in: Mitausches Tageblatt vom 10.10.1919.

war dies für Bermondts Propaganda der Beweis, dass auch die Entente nicht mehr für die entschlossene Eindämmung des Bolschewismus einstand, und er polemisierte fortan gegen „einen Vertrauensbruch und eine Doppelzüngigkeit“²¹ der Engländer. So führte er im Interview mit der *Trommel* aus:

„Die führenden Männer Englands stehen offenbar auf dem Standpunkt, daß der Bolschewismus die Krankheit der Besiegten ist und deswegen die Sieger nicht infizieren kann. Diese Krankheit gönnen die Engländer den besiegten Völkern und sie tun buchstäblich nichts, sie zu ersticken. Aber ich fürchte, man rechnet in London und Paris falsch. Der Bolschewismus ist ein zersetzender Bazillus, der langsam die Welt erobern wird, wenn er nicht erstickt ausgebrannt mit Stumpf und Stiel erbarmungslos ausgerottet wird. Er ist die größte Gefahr, die der Menschheit droht, schlimmer als der Weltkrieg, als der Zug der Hunnen und Tartaren nach West-Europa im Mittelalter. Ich und meine Armee wollen den letzten Blutstropfen daran setzen, diesen Vernichtungskrieg gegen die bolschewistische Geißel der Menschheit zu führen. Daran wird uns im Endresultat ebensowenig England hindern, wie der Widerstand der dem Bolschewismus verfallenen kleinen Völker in den von England auf rechtmäßigem russischem Territorium geschaffenen Randstaaten.“²²

In diesen Worten zeigte sich die Auffassung Bermondts, dass die Gründungen der neuen Nationalstaaten „auf rechtmäßigem russischem Territorium“ nicht als Akt der Selbstbestimmung zu gelten hätten, da sie von England veranlasst worden seien. Hilfreich erschien es ihm in diesem Zusammenhang zudem, diese neuen Staaten gleich als „dem Bolschewismus verfallen“ darzustellen. Die Propaganda der Westarmee verzichtete spätestens seit Beginn der direkten militärischen Auseinandersetzung auf Differenzierungen in dieser Angelegenheit, und Bermondts selbst bezeichnete beispielsweise Einheiten der lettländischen Armee als „bolschewistische Banden“.²³ Die Schuld für die Eskalation des Konfliktes sah man zudem völlig auf Seiten der Ulmanis-Regierung. Am 21. Oktober vermeldete die Pressestelle der Westarmee:

„Durch Vermittelung des offiziösen lettischen Pressebureaus ‚Latopreß‘ versucht die [...] Regierung des Ministerpräsidenten Ulmanis die Ereignisse vor Riga so darzustellen, als hätten russische und deutsche Banden einen Anschlag auf die lettische Selbständigkeit verübt. Diese Darstellung der Usurpatoren ist [...] vollkommen tendenziös. Das räuberische Steuersystem und die unerbittlichen Requisitionen der verschuldeten Ulmanis-Regierung haben unter der Bevölkerung Lettlands Unwillen gegen Ulmanis hervorgerufen. Die Führer der Unzufriedenen wandten sich an den Vertreter der russischen Macht in Mitau, den Oberkommandierenden der russischen Westarmee, Oberst Awaloff-Bermondts, mit der Bitte, im Lande die Ordnung wieder herzustellen. Oberst Awaloff-Bermondts [...] lehnte anfangs jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands ab, da er den Schutz respektierte, den die verbündeten Mächte dem selbständigen Lettland angedeihen ließen. Erst als die lettländische Regierung einen Vorfriedensvertrag mit den Bolschewiki in Dorpat

²¹ Eine Unterredung mit dem Fürsten Awaloff-Bermondts (wie Anm. 1).

²² Ebenda.

²³ Oberst Awaloff-Bermondts an die Vertreter der alliierten Mächte, in: Mitausches Tageblatt vom 20.10.1919.

abschloß und unterstützt von den Esten Truppen gegen die antibolschewistische russische Westarmee aufmarschieren ließ, entschloss sich Oberst Awaloff-Bermondts zu handeln.²⁴

Hier wandte sich die Pressestelle der Westarmee also nicht nur mit konkreten Vorwürfen gegen die Ulmanis-Regierung, sondern betonte zudem auch, dass der Oberkommandierende erst auf Bitten der lokalen Bevölkerung hin „in die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands“ eingegriffen habe. Bei diesen unzufriedenen Bewohnern wird es sich in erster Linie um die landbesitzende alte Elite gehandelt haben, also die deutschbaltischen Vertreter der Ritterschaften. Laut der hier geäußerten Sichtweise hatte sich die provisorische Regierung somit nicht nur durch ihre Gesprächsbereitschaft mit den *bol'seviki* diskreditiert, sondern konnte auch aufgrund ihrer innenpolitischen Maßnahmen nicht als legitime Vertreterin der Interessen der Bevölkerung Lettlands gelten. Diese Argumentation erlaubte es Bermondts und seinem Apparat nun, sich mit ihren eigenen politischen Angeboten direkt an die Bevölkerung zu wenden und diese von den Vorteilen einer russländischen Zukunft der lettischen Gebiete zu überzeugen. Entsprechend wählte Bermondts in seinen Aufrufen dann in der Regel auch direkte Anreden an das „Lettische Volk“. Fortan versuchte er in seinen Appellen, die Bevölkerung von der Aufrichtigkeit seiner Absichten zu überzeugen, wie etwa am 16. Oktober im *Mitauschen Tageblatt*:

„Meine Gefühle dem lettischen Volk gegenüber waren immer die freundschaftlichsten und sollen es auch in Zukunft bleiben. Ich habe nicht das Selbstbestimmungsrecht des lettischen Volkes vergewaltigen wollen, ich verlangte und verlange eben noch nur genügende Garantien, die einen erfolgreichen Kampf mit den Bolschewiki gewährleisten könnten. Ich habe mich mehrfach an die Regierung Ulmanis mit der Forderung gewandt, meine Truppen ungehindert passieren zu lassen. Ulmanis beantwortete meine Forderungen durch eine wilde Hetze, welche in den erkauften Zeitungen einsetzte, und der Volksrat hatte die Unverschämtheit, meine Truppen in einem Atemzuge mit den Bolschewiki zu nennen und sie als die schlimmsten Feinde der Letten zu bezeichnen.

Das große Rußland, dessen Vertreter ich bin, wird sich ein solches Vorgehen nicht bieten lassen!

Lettisches Volk! Ich richte an Dich die Frage, ob du wirklich diese Leute, die Dich dem Untergang entgegenführen, bevollmächtigt hast, so zu handeln? Willst du wirklich mit Rußland brechen, was haben Dir diese neuen Führer gegeben? Requisitionen, Steuern, wertloses Geld, Mobilisationen, Hunger und Kälte!

Die ganze Welt fängt an nach 5jährigem Kriege sich zu beruhigen, die Menschen kehren zu friedlicher Beschäftigung zurück; nur Du, lettisches Volk, beginnst mit dem großen Rußland, das Dich immer mit allem versorgt hat, Krieg zu führen. Dein Land ist vom Bolschewismus befreit, Du hättest schon längst die Möglichkeit

²⁴ Rechtfertigung Awaloff-Bermondts gegen die Lügen der lettischen Regierung, in: *Mitausches Tageblatt* vom 21.10.1919.

gehabt, die Früchte Deiner Frühjahrsarbeit zu ernten. Stattdessen hat man Dich durch verlogene Phrasen zum Kriege verführt.“²⁵

Der Ton in den Beteuerungen der russisch-lettischen Freundschaft wurde während der nun schon über eine Woche andauernden Kampfhandlungen merklich rauer. Bermondts forderte nun die Bevölkerung Rigas auf, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass der Beschluss der Stellungen der Westarmee eingestellt werde. Mittels einer unmissverständlichen Drohung erinnerte Bermondts die Bewohner Rigas daran, dass die Armee am anderen Flussufer immer noch das große Russland repräsentiere, dem das kleine Lettland selbstverständlich zugehörig, untergeordnet und unterlegen sei. So schloss der Appell mit den Worten:

„Erwache, lettisches Volk! Ich bin bereit, Dir die Bruderhand zu reichen. Wenn Du die Deinige nicht entgegenstrecken willst, so wird Rußland gezwungen sein, andere Maßnahmen zu ergreifen. Denke daran, daß Rußland großmütig ist und seinen verlorenen Söhnen verzeihen wird. Solltest Du aber selbst den Frieden nicht wünschen, so wird Rußland Mittel und Wege finden, um Dich zu zwingen, seine gerechten Forderungen anzuerkennen.“²⁶

Dabei hatte Bermondts schon lange vor seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber damit begonnen, seine Sichtweise auf die Beziehungen zwischen Russland und Lettland darzulegen – damals noch in deutlich friedfertigeren Worten. Als Ende Juli ein deutscher Abzug aus dem Baltikum unvermeidlich schien, unternahm er bereits einen ersten Versuch, für die Anwesenheit russländischer Truppen in Kurland zu werben und die russisch-lettische Freundschaft zu betonen. In der *Rigaschen Rundschau* hatte er insbesondere seine Bewunderung für die Errungenschaften der Letten im Kampf gegen die *bol'seviki* zum Ausdruck gebracht. Von nun an werde aber die russische Armee den Kampf weiterführen:

„Unter dem Schutz der russischen Armee wird die lettische Bauernschaft imstande sein, sich wieder in Ordnung zu bringen, ihr öffentliches Leben zu erneuern und die Selbstverwaltung wieder herzustellen. Zweitens wird die russische Armee das Land vor den Bolschewisten schützen. Solange sie sich hier befindet, werden die Bolschewisten es nicht wagen, das Land anzugreifen. Wenn aber die russischen Truppen weiter gegen Moskau ziehen, werden sie die Bolschewisten vor sich her treiben, immer weiter fort von den Grenzen Lettlands. Hinter der breiten, starken Brust der russischen Armee wird der lettische Bauer sich wieder der Bearbeitung seines Landes widmen können. Die Männer und Jünglinge Lettlands werden nicht ihre Höfe zu verlassen und ihre Arbeit aufzugeben brauchen, um noch unnützlich nach Rußland gegen die Bolschewisten zu gehen. Sie können ruhig zu Hause arbeiten. Den Kampf wird der russische Soldat weiterführen.“²⁷

Obwohl Bermondts hier zudem noch deutlich seine Bewunderung für die politische Entwicklung in Lettland ausgesprochen hatte, so ist doch auffällig, dass

²⁵ Zwei Aufrufe Obersten Bermondts [sic!] an's lettische Volk, in: Mitausches Tagesblatt vom 16.10.1919.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ein russischer Appell an das lettische Volk, in: Rigasche Rundschau vom 29.07.1919.

es ihm selbst in diesem Kontext nicht möglich war, Lettland eine Form staatlicher Eigenständigkeit zuzubilligen. Allen Bemühungen zum Trotz, eine Einheit zwischen Russland und Lettland auf Augenhöhe zu betonen, blieb in dieser Darstellung für die Letten die Rolle der Bauern reserviert, die sich zwar an den Wiederaufbau ihres Landes machen konnten, dafür aber auf den Schutz russischer Soldaten angewiesen waren. Dieser Punkt führt zu einer der größten Ungereimtheiten in den Versprechungen, die Bermondts der örtlichen Bevölkerung unterbreitete: Wie sollte es möglich sein, eine Staatlichkeit Lettlands gänzlich selbstbestimmt aufbauen zu können, wenn eine hierarchische Abhängigkeit von Russland nicht verhandelbar war? Bei dem Versuch zu beweisen, dass eine russische Schutzherrschaft nicht im Widerspruch zu den Prinzipien eines auf Demokratie und nationaler Autonomie gründenden Selbstbestimmungsrechts stand, lag die erste Herausforderung für Bermondts natürlich darin, die Propaganda der Gegenseite wirksam zu entkräften. Am 14. Oktober erklärte er in einem Aufruf an die lettischen Soldaten:

„Glaubt nicht den Lügengerüchten, welche verbreiten, die freiwillige Westarmee wäre nach Lettland gekommen, um die Herrschaft der Barone wiederaufzurichten. Nein und abermals nein! In der Selbstverwaltung Lettlands werden 2/3 der Stimmen den Letten zugestanden.“

Glaubt nicht den Märchen, laut welchen ich Lettland in ein russisches Gouvernement verwandeln will. Dieses entspricht nicht der Wahrheit, da diese Frage nicht von mir gelöst werden kann, umso mehr als die Entente den Standpunkt vertritt, daß diese Angelegenheit nur von der russischen Nationalversammlung in Verbindung mit Vertretern des lettischen Volkes geregelt werden kann.“²⁸

Dieser Verweis auf die – wohlgermerkt „russische“ – Nationalversammlung war pragmatisch wie bequem, da hiermit weitere Festlegungen in der Frage der staatlichen Neuordnung vermieden werden konnten. Bermondts verließ sich wohl darauf, dass diese recht vagen Versprechungen, wie eine Selbstbestimmung Lettlands unter russischen Bedingungen aussehen könnte, vorerst ausreichten, und flankierte sie mit den sehr konkreten Angeboten, auf Einberufungen und Requisitionen auf lettischem Gebiet zu verzichten.²⁹ Unbeantwortet blieb jedoch die Frage, wie das Bedürfnis nach nationaler Autonomie mit der Wiederherstellung des Russländischen Reiches in seinen alten Grenzen vereinbar sein konnte. Diese Frage wurde auch in einem Leitartikel der mit der Westarmee assoziierten Soldatenzeitung, die unter dem bezeichnenden Namen *Zapadnij Kraj* (Westgebiet) erschien, thematisiert:

„Der Kommandierende der Freiwilligen-Westarmee Fürst Awaloff-Bermondts sagte in einer seiner letzten Ansprachen an die hiesige Bevölkerung, daß für ihn, als obersten Vertreter der russischen Reichsregierung im Westen, alle Nationalitäten gleich sind. In diesen einfachen, aufrichtigen Worten liegt eine der Aufgaben unserer Zeitung. – Wir kämpfen für alte, russische Grundsätze. Unser Ziel ist die Wiedergeburt eines großen, gerechten gegen alle unter seinem Schutze lebenden Nationen

²⁸ Oberst Bermondts an die lettischen Krieger, in: *Mitausches Tageblatt* vom 14.10.1919.

²⁹ Oberst Awaloff-Bermondts an das lettische Volk, in: *Drittes Extrablatt der „Trommel“* vom 10.10.1919.

Rußlands. Im neuen Rußland darf kein Nationalstreit, kein Nationalhaß herrschen, denn in den weiten Grenzen Rußlands gibt es für alle in denselben wohnenden Nationalitäten Platz. In der friedensliebenden Natur des russischen Volkes liegt der Grundstein dafür, daß allen diesen kleinen Völkern das Recht gegeben wird sich frei zu entwickeln, ihrer eigenen Kultur nachzugehen und ihre inneren Angelegenheiten selbst zu ordnen.“³⁰

Auch an dieser Stelle wird deutlich, dass den sogenannten kleinen Völkern eine Selbstbestimmung nur innerhalb der Grenzen eines neuen Russlands zu gebilligt wurde. Dass für Bermondts eine mögliche Anerkennung einer staatlichen Eigenständigkeit der Ostseegebiete völlig undenkbar war, wird bei der Betrachtung interner Befehle der Westarmee offensichtlich. So erklärte er in einem Befehl vom 24. Oktober:

„Ich [...] kann es nicht zulassen, daß in russ. Gebieten als Wirte diejenigen wären, welche von Rußland Land wegnehmen wollen. Meine Herren Offiziere und Soldaten! Sie müssen wissen, was für Rußland die balt. Meeresküste bedeutet. Das ist der Ausgang zum Meere für ganz Rußland, selbst bis zum Ural. Nicht umsonst hat Peter d. Große mit Blut diesen Ausgang zum Meere durchbrochen und Rußland zu einem mächtigen Großstaat gebracht. Ich befehle den älteren Offizieren, dieses den jüngeren Offizieren und Soldaten zu erklären.“³¹

4 Imperialistische Besatzungspraxis in ihren inneren und äußeren Spannungsfeldern

Auch für die Akteure der Westarmee war es also von höchster Wichtigkeit, eine drohende Abspaltung von Gebieten des „einen und unteilbaren Russlands“ zu verhindern. Der Umgang mit dieser Frage war für die gesamte gegenrevolutionäre weiße Bewegung von zentraler Bedeutung und sollte zu tiefen Spaltungen zwischen Idealisten und Pragmatikern führen.³² An diesem Geschehen war auch Bermondts alles andere als unbeteiligt. Tatsächlich hatte er im Sommer 1919 die Rolle des Oberkommandierenden der Westarmee nur übernehmen können, da er sich zuvor einer Anweisung des Generals Nikolaj Judenič widersetzt hatte. Judenič hatte am 9. Juli als Oberkommandierender der Nordwestarmee (Severo-Zapadnaja Armija) allen in Kurland stehenden russländischen Truppen die Einschiffung nach Narva befohlen, um sich dort der Vorbereitung seines Feldzugs gegen Petrograd anzuschließen. Bermondts hatte sich diesem Befehl verweigert und war auf diese Weise überhaupt erst in die Position gekommen, das Oberkommando über die in Kurland verbliebenen Truppen übernehmen zu können. Begründet hatte Bermondts sein Handeln mit

³⁰ Zapadnij Kraj vom 29.10.1919. Der Artikel wurde in russischer und deutscher Sprache veröffentlicht.

³¹ Nachrichtenblätter des Nachrichtenoffiziers beim Oberstab der Baltischen Landeswehr, in: DSHI, 190 BR/BLW 019, Bl. 149.

³² Zum Problemfeld: NIKOLAUS KATZER: Die weiße Bewegung in Russland. Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg, Köln u. a. 1999, S. 399–423.

seinen patriotischen Pflichten und der Unmöglichkeit, sich wie Judenič in zu große Abhängigkeit von England zu begeben. Noch am 14. Oktober ließ Bermondts den Soldaten der Westarmee erklären:

„General Judenitsch und die ihm angegliederte Nord-Westregierung, welche auf Betreiben der Entente gebildet worden ist, haben jetzt schon, das zukünftige einige Russland ausser Acht lassend, die Selbständigkeit der kleinen Republiken Estland, Lettland und anderen, welche von Regierungen, die eine schwankende Politik treiben und bereit sind, den Kampf mit den Bolschewiken abzubrechen, anerkannt.

Eine derartige Richtung kann nicht auf die Unterstützung aller wahrhaftig russischen Elemente rechnen, welche sich die vollständige Vernichtung des Bolschewismus und die Wiederaufrichtung eines starken russischen Reichs zum Ziel setzen. Die Erfüllung des Befehls General Judenitschs Kurland zu räumen, würde dieses Land dem russischen Einfluss entziehen und würde die schnelle Entwicklung des Bolschewismus begünstigen. [...]

Daher hat der Kommandierende der Westarmee im Einverständnis mit der neu gebildeten Gebietsverwaltung es für ausgeschlossen erachtet, dem Befehl General Judenitschs Folge zu leisten, umso mehr als die Interessen Russlands die Abtrennung des Baltikums verbieten, welches Russland den Ausgang zum Meer sichert und dessen Interessen von alters her mit Russland verbunden sind. Hierzu muss noch bemerkt werden, dass die Truppen der Westarmee und die Verwaltung sich auf die Kreise der örtlichen Bevölkerung der Balten und Letten stützen, welche eine günstige Zukunft fürs Baltikum in einer engen Angliederung an Russland sehen.“³³

Der Akt der Anerkennung der neuen Nationalstaaten durch Judenitschs Nord-west-Regierung in Estland war für Bermondts also nicht hinnehmbar und unvereinbar mit den Interessen Russlands. Judenič wiederum reagierte, indem er Bermondts zum „Verräter an der russischen Sache“³⁴ erklärte. Wer genau persönliche Interessen über das allgemeine Ziel der Bekämpfung des Bolschewismus stellte, blieb eine vieldiskutierte Frage. Die russischsprachige, demokratisch gesinnte Zeitung *Rižskoe Slovo* (Rigaer Wort) hatte auf Bermondts Aufruf zur russisch-lettischen Freundschaft von Ende Juli noch angemahnt, dass die so mühsam erreichte Anerkennung eines antibolschewistischen Zentrums Russlands unter Admiral Aleksandr Kolčak, der am 18. November 1918 in Omsk den Titel des Obersten Regenten und die provisorische Regierungsgewalt übernommen hatte, nicht in Frage gestellt werden dürfe. Sollte Bermondts von den Direktiven dieses Zentrums abweichen und „Politik [...] auf eigene Rechnung und Gefahr“³⁵ betreiben, so sei dies „eine unverzeihliche Pflichtvergessenheit Rußland gegenüber, das bereits soviel gelitten hat, weil es das Prinzip des systematischen und disziplinierten Vorgehens“³⁶ vernachlässigt habe.

³³ Proklamation an die Avalov-Truppen, in: DSHI, 120 Generalkommando 4, Bl. 6.

³⁴ WILHELM LENZ: Die Bermondts-Affaire 1919, in: Journal of Baltic Studies 15 (1984), 1, S. 17–26, hier S. 20.

³⁵ Zit. nach der Übersetzung in: Nachrichtenblätter des Nachrichtenoffiziers beim Oberstab der Baltischen Landeswehr, in: DSHI, 190 BR/BLW 019, Bl. 51 f.

³⁶ Ebenda.

Aber nicht nur in der russischsprachigen Gesellschaft Rigas zweifelte man an der Aufrichtigkeit der Ziele Bermondts und dessen Qualifikation als Oberkommandierender. Auch innerhalb der Westarmee und der mit ihr assoziierten Kreise war er alles andere als unumstritten. Bei der Entscheidung, ihm den Oberbefehl über die Armee zu übertragen, hatte wohl nicht zuletzt die persönliche Meinung General von der Goltz' eine große Rolle gespielt. Dieser schätzte Bermondts Loyalität und die Beliebtheit, deren sich der charismatische Offizier anscheinend unter den russischen Truppen in Kurland erfreute.³⁷

Allerdings war Bermondts nicht der einzige Kandidat gewesen. So wurde auch der ehemalige Chef des Generalstabes der Zarenarmee Vasilij Gurko als möglicher Oberbefehlshaber gehandelt, der nach Einschätzung vieler Zeitgenossen der russischen Unternehmung in Lettland die nötige Seriosität verschafft habe. Gurko wollte sich aber wohl zunächst der politischen Integrität und des militärischen Erfolges der Aktion gewiss sein, bevor er sich darauf einließ. Beides sah er anscheinend nicht gegeben. Darüber hinaus hätte auch der politisch umtriebige General der Kavallerie Vasilij Biskupskij den Oberbefehl über die Westarmee nur zu gern übernommen und reiste zu diesem Zweck mehrfach aus Berlin nach Mitau.³⁸

Dass der vergleichsweise unerfahrene und gerade in militärtaktischen Fragen anscheinend mangelhaft bewanderte Bermondts diesen Machtkampf gewann, hatte er nicht vorrangig seinem loyalen Verhalten dem deutschen Oberkommando gegenüber oder seinem Charisma zu verdanken. Vielmehr erschien es den deutschbaltischen Kreisen, die im Hintergrund nach wie vor manche Fäden zogen, vorteilhaft, zunächst einen Offizier zu bestimmen, der in seinem eigenen politischen Profil wenig festgelegt und entsprechend leicht beeinflussbar war.

So schrieb der in Mitauer Kreisen einflussreiche ehemalige Gouverneur Wilnas, Konstantin von der Pahlen, an den ehemaligen livländischen Landmarschall, Adolf Pilar von Pilchau, dass er mit Charakteren wie Gurko oder Biskupskij „ein Intrigenspiel“ „mit einer ganzen Clique von Embusqués“ erwarte: „Mit russischen Generalstabs Männern [sic!] ist nur ein solches Spiel die logische Konsequenz.“ Hingegen wäre es „besser, dass der russische General keine so prononcirte Persönlichkeit sei um der Leitung der Deutschen Generalstäblern mehr Raum zu geben“.³⁹ In dieser Hinsicht musste die Ernennung Bermondts naheliegend erscheinen, zumal sie auch dem politischen Programm der Westarmee mehr Flexibilität versprach. Diese Einschätzung wurde wohl auch von Vertretern des russischen Militärs geteilt. Eine Stimme ließ verlauten, man halte „Bermondts für eine geeignete Persönlichkeit, hier an der Spitze zu stehen. Ein großer Name könne erst später kommen. Diese Leute wollten

³⁷ Graf Rüdiger von der Goltz an Baron Knorring, Vorsitzender des Militärpolitischen Rates Westrußlands, Mitau, 29. August 1919, in: LENZ, Machtpolitik, S. 568–569.

³⁸ LENZ, Deutschbalten, S. 35.

³⁹ Konstantin Graf Pahlen an Adolf Baron Pilar von Pilchau, Mitau, 03.10.1919, in: DSHI, 190 LivSta 88, Bl. 1 f.

sich noch nicht mit Versprechungen festlegen; Bermondts könne Litauen, Lettland usw. alles versprechen.“⁴⁰

Diese Machtverhältnisse innerhalb der Westarmee blieben natürlich auch den informierten Zeitgenossen nicht verborgen, und somit war es der Regierung Lettlands ein Leichtes, Bermondts als Marionette der deutschbaltischen Politik und des deutschen Militärs darzustellen. Bermondts selbst ging in dem Interview mit der *Trommel* sogar auf die Thematik ein und bezeichnete die Einschätzung, er sei „eine willenlose Puppe, an der Graf von der Goltz zupft“,⁴¹ als „lächerlich“. Doch belegt der Schriftverkehr zwischen Pahlen und Pilar, dass Bermondts in erster Linie als Sprachrohr für deren Propagandastrategie fungierte. So schrieb Pahlen in seinem Brief an Pilar ohne Umschweife: „Bermondts erlässt auch in den nächsten Tagen einen Aufruf an die Bevölkerung, den ich verfasst habe. Somit ist der Anfang der russischen Aufmachung perfect geworden.“⁴² Mit der „russischen Aufmachung“ – also der Verschleierung deutschbaltischer Zielsetzungen mithilfe des russischen Oberbefehlshabers – wollte man es aber nicht bei rhetorischen Ankündigungen belassen. Vielmehr waren die Akteure sichtlich gewillt, ihr politisches Angebot auch in institutionelle Formen zu gießen.

5 Die Institutionalisierung imperialistischer Besatzungspolitik nach Prinzipien der Selbstbestimmung

Wie bereits angeklungen ist, bezog sich Bermondts in seinen Versprechungen zur Umsetzung einer auf Prinzipien der Selbstbestimmung beruhenden Besatzungspolitik stets auf einen neu eingerichteten Westrussischen Zentralrat, der die staatliche Neuordnung der Region vorbereiten sollte. Am 10. Oktober wurde diese neue Institution durch das *Mitausche Tageblatt* vorgestellt:

„Am 7. Oktober hat sich in Mitau ein Zentralrat der russischen Westarmee gebildet, der im Namen des Oberbefehlshabers dieser Armee die höchste Gewalt in den von russischen Truppen besetzten Gebieten ausübt. Die Basis der russischen Westarmee im Kampf gegen Moskau soll vor allem durch die Tätigkeit dieses Zentralrates vor drohenden Anschlägen gesichert werden. Der Zentralrat, der in keiner Weise gegen die Grundsätze der Entente verstößt, stellt sich auf den Standpunkt, daß mit dem Abziehen der Deutschen Okkupationsmacht der status quo ante wieder hergestellt ist, und der oberste Vertreter der russischen Macht ein Anrecht auf das geräumte Gebiet hat. Gleichzeitig vertritt der Zentralrat die Anschauung, daß die Bevölkerung dieser Gebiete ein Recht auf Selbstbestimmung hat. Zu diesem Zweck hat sich auf Wunsch des Zentralrates ein lettländisches Komitee gebildet, dem zu zwei Dritteln Letten, zu einem Drittel Balten angehören.“⁴³

⁴⁰ Unterredung mit Erdmann am 9. 8. (1919) abends, in: LENZ, *Machtspolitik*, S. 557.

⁴¹ Eine Unterredung mit dem Fürsten Awaloff-Bermondts (wie Anm. 1).

⁴² Pahlen an Pilar (wie Anm. 39).

⁴³ Zentralrat der russischen Westarmee, in: *Mitausches Tageblatt* vom 10.10.1919.

Mit diesem Zentralrat⁴⁴ und dem zugehörigen Lettländischen Komitee wurden also ausdrücklich der Herrschaftsanspruch der „russischen Macht“ wie auch das „Recht auf Selbstbestimmung“ der lokalen Bevölkerung gemeinsam institutionalisiert. Ob es sich bei der Einberufung dieses Zentralrats um den Akt einer Regierungsbildung handelte – wie von der reichsdeutschen Presse zumeist angenommen⁴⁵ – oder ob dieser lediglich als Organ einer neuen Zivilverwaltung fungieren sollte, blieb unklar. Pahlen hatte in seinem Brief an Pilar zu den Hintergründen der Einberufung noch erklärt:

„Wir haben hier einen ‚Centralrat für Westrussland‘ gebildet; eine Bezeichnung die von der Denikinschen Armee übernommen ist. Ein Ministerium à la Ulmanis oder Esti oder Judenitch wäre lächerlich gewesen.“⁴⁶

Auf eine Konkurrenz mit der Vielzahl an Regierungen des baltischen Raumes wollten sich die Akteure also bewusst nicht einlassen. Dennoch war eine gewisse Konfusion in der Frage, was genau der Status dieses neuen Gremiums war, durchaus vorhanden. So kam es vor, dass selbst Pahlen in öffentlichen Verlautbarungen von einer „russischen Westregierung“⁴⁷ schrieb.

Die Neuaufstellung einer zivilen Administration war aus mehreren Gründen notwendig geworden. Zum einen musste die Übergabe des Oberbefehls aus deutschen in russische Hände natürlich auch institutionell sichtbar werden. Zum anderen sollte dem Signal an die örtliche Bevölkerung und die Weltgemeinschaft, dass man es ernst meinte mit einer Ordnung der Verhältnisse und dem Aufbau einer regionalen Selbstverwaltung, möglichst viel Gewicht verliehen werden. Darüber hinaus erhofften sich Bermondts und seine Berater von der Einrichtung des Rates offensichtlich auch, dass das Fortbestehen der internationalen Verträge des Zarenreiches allgemein anerkannt würde.⁴⁸

Eine weitere nicht unwesentliche Notwendigkeit bestand darin, Lösungen für die angespannte finanzielle Situation der Westarmee zu finden. Die Besoldung durch die deutsche Reichsregierung war im September ein letztes Mal erfolgt. Schon im Juli war ein Militärpolitischer Rat in Berlin gegründet worden, dem neben hochrangigen russischen Militärs auch Mitglieder der baltischen Ritterschaften angehörten⁴⁹ und dessen Kernaufgabe es sein sollte, neue Finanzquellen in deutschen Wirtschaftskreisen zu generieren. Da der Berliner

⁴⁴ Die offizielle Bezeichnung des Rates lautete dem *Mitauschen Tageblatt* vom 28.10.1919 zufolge: Zentralrat der Verwaltung beim Oberbefehlshaber der Freiwilligen Westarmee (Sovet' Upravlenija pri Komandujuščem' Zapadnoj Dobrovol'českoj Armiej).

⁴⁵ Vgl. z. B.: Eine russische Westregierung, in: Königsberger Hartungsche Zeitung vom 06.10.1919.

⁴⁶ Pahlen an Pilar (wie Anm. 39).

⁴⁷ Der westrussische Zentralrat an die litauische Regierung, in: Sechstes Extrablatt der „Trommel“ vom 15.10.1919.

⁴⁸ An die Vertreter der mit Russland verbündeten Mächte [undatierte Kopie], in: DSHI, 120 Generalkommando 4, Bl. 28 f.

⁴⁹ U. a. gehörte ihm Pilar an. Vgl. Protokoll der Sitzung des Militärpolitischen Rates Westrußlands am 10. August 1919, in: LENZ, Machtpolitik, S. 558–559.

Rat in dieser Angelegenheit bis dato eher erfolglos agiert hatte, sollte nun der in Mitau gegründete Zentralrat diese Funktion übernehmen.⁵⁰ Die Vorteile einer entsprechenden Institution in Lettland hatte General von der Goltz am 29. August und somit bereits vor seiner Abgabe des Oberbefehls in einem Schreiben an Ludwig Baron Knorring, den Vorsitzenden des Militärpolitischen Rates in Berlin, erläutert. Darin hieß es, dass „eine anerkannte russische Regierung [...] wohl die Möglichkeit“⁵¹ hätte, „auf russischem Gebiet, z. B. Düna-burg, Geld zu drucken, das mindestens in Rußland anerkannt würde“.⁵² Dies würde es Bermondts ermöglichen, „vom Oktober ab Löhnung zu zahlen und die Verpflegung, die im wesentlichen aus Lettgallen zu entnehmen ist, dort zu bezahlen“⁵³. Im Bewusstsein der Brisanz dieses Vorschlags betonte von der Goltz sicherheitshalber noch, an solchen Plänen „ganz unbeteiligt“⁵⁴ zu sein.

Wenn man ein solches Vorhaben integer vertreten wollte, war es natürlich von großer Wichtigkeit, dass auch das Personal des ausgerufenen Rates ohne jeden Zweifel für eine seriöse und verantwortungsvolle Politik stand. Das *Mitausehe Tageblatt* berichtete:

„Als Vorsitzender des Zentralrates bei der Westarmee ist Fürst Wolkonski in Aussicht genommen. Der Fürst war Vizepräsident der russischen Reichsduma und gehörte dem Parlament als Mitglied der oktobristischen Fraktion an. Vorderhand fungiert Senateur Graf Konstantin von der Pahlen als Vorsitzender des Rates, der eine Laufbahn als Bauernkommissar und Gouverneur hinter sich hat. Dem Grafen ist die innere und äußere Politik des Zentralrates anvertraut. Als Leiter der militärischen Abteilung ist Generalmajor Tschernischewsky-Sokol bestellt. Der General kommandierte während des Krieges die erste berittene Artill.-Div., zog sich, als der Bolschewismus in Rußland siegte, ins Privatleben zurück und hat als höherer Offizier der Armee des Hetmans Skoropadski in der Ukraine ein Berg-Art.-Rgt. aufgestellt; als Leiter des Gerichts- und Gefängniswesens ist Senateur und Reichsratsmitglied Rimski-Korsakow in Funktion getreten. Der frühere Chef der Libau-Romnyer Eisenbahn, Ingenieur Iljin, übernimmt das Verkehrswesen. Der lettische Rechtsanwalt Alberts Arajs steht dem Ressort für Landwirtschaft und Domänen vor. Die Finanzen verwaltet Staatsrat Engelhardt, und als Geschäftsführer des Zentralrates ist der mit den örtlichen Verhältnissen wohlvertraute Staatsrat Simin bestellt, der im alten Rußland mehrere höhere Posten als Administrativ-Beamter bekleidet hat.“⁵⁵

An dieser Stelle kann nicht den Biografien aller genannten Personen nachgegangen werden. Jedoch sollte Volkonskij den ihm zugeordneten Vorsitz nicht antreten. Somit war Konstantin von der Pahlen – laut Mitteilung nur mit der

⁵⁰ So hatte Pahlen an Pilar geschrieben: „Wir stehen jetzt hier vor ernsten Ereignissen und da das Comité in Berlin den Zweck seiner Mission – Geld zu schaffen –, nicht erfüllt hat, so sind wir gezwungen worden selbst vorzugehen.“ Vgl. Pahlen an Pilar (wie Anm. 39).

⁵¹ Graf Rüdiger von der Goltz an Baron Knorring (wie Anm. 37).

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Zentralrat der russischen Westarmee (wie Anm. 43).

kommissarischen Leitung des Rates betraut – in der Folge sichtbarster Vertreter des Zentralrats, und sein Name fand sich fortan unter vielen Dokumenten und Verkündungen neben dem Bermondts. Allerdings schien sich die Rolle des Zentralrats meist auf repräsentative Funktionen zu beschränken, da die von Bermondts angekündigte Kernaufgabe – die Vorbereitung einer russischen Nationalversammlung – aufgrund der ausbleibenden militärischen Erfolge und dem baldigen Zerfall der Armeestrukturen nie zu einer realistischen Option wurde.

Als das wichtigere Signal einer Besatzungspolitik, die auf den Prinzipien der Selbstbestimmung fußen sollte, sah man für die Bevölkerung in Kurland anscheinend ohnehin die Einrichtung des dem Zentralrat angegliederten Lettländischen Komitees. Dabei verdeutlichte allein schon die Auswahl des Personals, dass dieses Gremium als Fortsetzung der nach dem Libauer Putsch eingesetzten Niedra-Regierung anzusehen war. Dies lässt sich insbesondere an der Person Teodors Vankins festmachen, der dieser Regierung bereits angehört hatte und nun nicht nur Mitglied des Lettländischen Komitees war,⁵⁶ sondern offenbar auch an dessen Einrichtung entscheidend mitgewirkt hatte.

So hatte am 1. September eine Besprechung zwischen Vankins und Vertretern Bermondts sowie des deutschen Generalkommandos stattgefunden, in der Vankins „im Namen der früheren Regierung Needra und der ihr anhängenden Parteien“⁵⁷ erklärte, „daß sie bereit wäre, die Regierungsgeschäfte Lettlands zu übernehmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Unabhängigkeit Lettlands bestehen bleibt“.⁵⁸ Zudem vertrat er „als Mindestforderung [...] die kulturelle und wirtschaftliche Autonomie Lettlands und selbständige Lösung der Agrarfrage“.⁵⁹ Einen Monat später zeigte er sich kompromissbereiter. Hatte er in der Sitzung am 1. September noch kategorisch ausgeschlossen, dass er oder Niedra Teil des neu einzurichtenden dreiköpfigen „Direktoriums“⁶⁰ sein dürften, und die Ansicht vertreten, eine solche Einrichtung dürfe nur dann in Angriff genommen werden, „wenn sie tatsächlich Aussicht auf Erfolg hat“,⁶¹ war er nun auch ohne Erfolgsgarantie zu einer persönlichen Beteiligung bereit. Die personellen Kontinuitäten blieben natürlich auch politischen Beobachtern in

⁵⁶ Neben Vankins gehörten ihm ein „Ingenieur Kampe“ und der „frühere Bauernkommissar Baron Stromberg“ an. Vgl. Das lettländische Komitee, in: Drittes Extrablatt der „Trommel“ vom 10.10.1919. Stromberg wurde offensichtlich schon kurz darauf durch „Gutsbesitzer von Bach“ ersetzt. Vgl. Das lettländische Komitee beim Oberbefehlshaber, in: Elfte Extrablatt der „Trommel“ vom 24.10.1919.

⁵⁷ Unterredung zwischen Baron Engelhardt, Dr. Vankins und Hauptmann Fintelmann, Mitau, 2. September 1919, in: LENZ, Machtpolitik, S. 570–571, hier S. 570.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda, S. 571.

Riga nicht verborgen, sodass es ihnen leichtfiel, gegen das neueingerichtete Komitee zu polemisieren.⁶²

Ebenso eindeutig blieben die machtpolitischen Hierarchien. Dies verdeutlichte beispielsweise die Wortwahl in einem Bericht der *Trommel* über den Empfang des neu eingerichteten Komitees beim Oberbefehlshaber der Westarmee, bei dem dieser „den Herren des lettländischen Komitees das offizielle Dokument der Instruktionen, nach denen sich das lettländische Komitee bei der Verwaltung des Landes und bei der Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung zu richten haben wird“,⁶³ überreichte. Ein Problem sah die *Trommel* in dieser Abhängigkeit der Interessenvertretung des Volkes von den Anweisungen des Oberbefehlshabers nicht: „Die Instruktionen, die wahrhaft demokratischen Geist atmen, sehen eine weitgehende Autonomie für das lettländische Gebiet vor.“⁶⁴ Entsprechend sollte die Hauptaufgabe des Komitees darin liegen, die „baldmögliche Durchführung von Wahlen zu einer lettländischen Nationalversammlung“⁶⁵ vorzubereiten:

„Aus ihr heraus wird sich dann ein lettländisches Kabinett bilden. Das lettländische Komitee wird sich mit dieser Bildung als ein Provisorium, das es war, wieder auflösen. Die Gesetze, die der Zentralrat bei der Westarmee für das von der Westarmee besetzte Gebiet herausgegeben hat, werden der lettländischen Nationalversammlung zur Bestätigung vorgelegt werden.“⁶⁶

Darüber hinaus hatte sich das Komitee mit der Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung zu befassen, die „die Gleichheit des Groß- und Kleingrundbesitzes [z]um Ausdruck“⁶⁷ bringen sollte. Wie auch schon viele von Bermondts Proklamationen betrafen diese Maßnahmen somit – neben der Einberufung einer Nationalversammlung – in erster Linie die Steuerpolitik und die Agrarreform. In diesen Bereichen sah man offensichtlich am ehesten die Möglichkeit, sich gegenüber der Politik der Regierung Ulmanis' zu profilieren und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Entsprechende Argumente brachte auch Hanns Dohrmann in gewohnt scharfer Form in der *Trommel* vor:

„Die Freiheit und die Rechte der Bevölkerung auf Selbstbestimmung im Sinne der demokratischen Ideale der neuen Zeit bedroht niemand ärger, als unter Führung Ulmanis die Usurpatoren und Bösewichte in Riga. [...] Es ist das lettländische

⁶² So schrieb bspw. der *Latwijas Sargs* am 14.10.1919: „Die Politik, welche hinter der Aktion der Deutsch-Russen an der Düna steckt, ist uns nicht fremd. Es spielt sich das gleiche, wie am 16.4. ab. Damals, wie jetzt, kommt der Ueberfall von deutscher Seite unter russischer Flagge. – Damals hießen sie ‚Sicherheitskomitee‘, wie damals, führt auch jetzt der gleiche General Goltz. War nicht damals das Ziel des Aufstandes das gleiche, wie jetzt?“ Zit. nach der Übersetzung in: Nachrichtenblätter des Nachrichtenoffiziers beim Oberstab der Baltischen Landeswehr, in: DSHI, 190 BR/BLW 019, Bl. 132.

⁶³ Das lettländische Komitee beim Oberbefehlshaber (wie Anm. 56).

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Zentralrat der russischen Westarmee (wie Anm. 43).

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda.

Komitee in Mitau, das unter russischem Schutz die Fahne der Demokratie, der Ordnung und der friedlichen Arbeit gehißt hat. Um sie sollten sich alle arbeitsfreudigen, staatsverhaltenden demokratischen Elemente des Landes scharen und an den neuen Aufgaben aus innerster Ueberzeugung heraus mitarbeiten. Der russische Schutz bietet der Bevölkerung eine sichere Gewähr dafür, daß das Land sich erholen und beruhigen wird. Keine Requisitionen, keine Mobilisationen, kein räuberisches Steuersystem! Diese Prinzipien fordern unwillkürlich zum Vergleich mit der verderbten Regierungsweise der Rigaer Usurpatoren heraus, die wohl die demokratische Freiheit im Munde schätzen, in Wirklichkeit aber die letzten Säfte und Kräfte aus dem erschöpften Volk saugen.“⁶⁸

Etwas sachlicher las sich ein weiterer Artikel der *Trommel*, der auf einem Interview mit den Angehörigen des Komitees basierte und die wirtschaftspolitischen Neuerungen zum Thema hatte. Hier bekannten sich die Verantwortlichen zu den Prinzipien freien Handels und versprachen, auf „Zwangswirtschaft“⁶⁹ nach Möglichkeit zu verzichten. Lediglich in „Fällen, wo dies unumgänglich ist, und dann auch nur in beschränktem Maße“,⁷⁰ sollte „von den eingeführten Waren ein unbedeutender Teil vom Handel der Gesamtheit zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden“.⁷¹ Dies betraf auch die Verpflegungsfrage, in der man gewisse staatliche Eingriffe als erforderlich ansah. Diese sollten aber über „Kompromisse mit dem Handel geschlossen werden. Requisitionen werden nicht vorgenommen, vielmehr wird ein Austausch von Waren beabsichtigt, der es der Landbevölkerung möglich macht für ihre Erzeugnisse andre unentbehrliche Materialien zu erlangen.“⁷²

Des Weiteren stand die Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur im Mittelpunkt, da „die ungeheuren Einschränkungen im Bahnverkehr das gesamte Wirtschaftsleben fast brachlegen“.⁷³ Hier versuchten die Mitglieder des Lettländischen Komitees also tatsächlich, die vagen Versprechungen des Oberbefehlshabers der Westarmee zu konkretisieren.

6 Die besatzungspolitischen Maßnahmen der Westarmee

Schlussendlich war es allerdings weniger das Lettländische Komitee, das in der Umsetzung der besatzungspolitischen Ziele öffentlich in Erscheinung trat. Vielmehr wurden die meisten Maßnahmen durch den „Militär-Gouverneur des von der freiwilligen Westarmee besetzten Gebietes“⁷⁴ Oberst Schneidemann angeordnet. Dieser war, wie auch das Lettländische Komitee, am 7. Oktober

⁶⁸ Das lettländische Komitee beim Oberbefehlshaber (wie Anm. 56).

⁶⁹ Eine Unterredung mit Herren des lettländischen Komitees, in: *Die Trommel* vom 06.11.1919.

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Ebenda.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Tagesbefehl Nr. 1 des Militär-Gouverneuren (wie Anm. 20).

durch den Oberbefehlshaber der Westarmee in seine Funktion eingesetzt worden. Zudem hatte Bermondts je einen weiteren Militärgouverneur für Mitau⁷⁵ und Riga⁷⁶ ernannt. Der Militärgouverneur sollte in erster Linie Recht und Ordnung im Besatzungsgebiet wiederherstellen. Zu diesem Zwecke verhängte er umgehend den Belagerungszustand sowie eine nächtliche Ausgangssperre über Riga, Mitau und Umgebung.⁷⁷ Requirierungen und Konfiskationen durch Militärangehörige blieben untersagt, sofern sie nicht auf ausdrücklichen Befehl des Militärgouverneurs angeordnet wurden.⁷⁸ Während „alle von den lettischen Kommandanturen oder anderen Dienststellen ausgefertigten Ausweise [...] für ungültig erklärt“⁷⁹ wurden, setzte man anderweitig auf Kontinuität und beließ alle „Beamten, Angestellten und Arbeiter sowohl der Städtischen Behörden, als auch der kommunalen Verwaltungen [...] auf ihren Posten“.⁸⁰ Dies betraf zudem die lettische Miliz.⁸¹ Darüber hinaus verkündete der Kommandant Riga-West die Einrichtung neuer Polizeireviere und Patrouillen.⁸²

Am 6. November vermeldete die *Trommel* zudem den Aufbau von Kreis-kommandanturen, die „für Ruhe und Ordnung und für den Schutz der friedlichen Bevölkerung“⁸³ sorgen sollten. Ein Gegensatz zu dem Anspruch, eine zivile Verwaltung zu installieren, wurde darin nicht gesehen. So seien laut einem ausführlicheren Artikel vom 11. November „die Ortskommandanturen lediglich ihren militärischen Dienststellen untergeordnete Militärbehörden“, hätten „aber im Einvernehmen mit den Verwaltungsbehörden zu arbeiten und diese nach Möglichkeit zu unterstützen“.⁸⁴ Allerdings konnten „die auf dem flachen Lande gebildeten Selbstverwaltungsausschüsse [...] ihre Maßnahmen nur mit Genehmigung der Ortskommandanten“⁸⁵ beschließen.

Zudem schien es ein Ziel der Militäradministration zu sein, die eigene Redlichkeit herauszustellen. Bestechungsversuche sollten „mit aller Strenge des

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Befehl Nr. 1 des Militär-Gouverneurs für Riga, in: DSHI, 120 BR/BLW 279, Bl. 19. Wenig später musste der Posten aufgrund der ausbleibenden Erfolge des militärischen Vormarsches in „Kommandant Riga-West“ umbenannt werden. Vgl. Bekanntmachung des Kommandanten Riga-West, ebenda, Bl. 26.

⁷⁷ Tagesbefehl Nr. 1 des Militär-Gouverneurs (wie Anm. 20); Befehl Nr. 1 des Militär-Gouverneurs für Riga (wie Anm. 76).

⁷⁸ Befehl Nr. 1 des Militär-Gouverneurs für Riga (wie Anm. 76).

⁷⁹ Tagesbefehl Nr. 1 des Militär-Gouverneurs (wie Anm. 20).

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Bekanntmachung des Kommandanten Riga-West (wie Anm. 76).

⁸³ Die *Trommel* vom 06.11.1919.

⁸⁴ Kreis- und Ortskommandanturen für das besetzte Gebiet, in: Die *Trommel* vom 11.11.1919.

⁸⁵ Ebenda.

Gesetzes bestraft“⁸⁶ werden. Darüber hinaus ordnete der Militärgouverneur an, dass „Personen [...], welche Militäruniform tragen [,] ohne einer Formation der Armee oder einer ihrer Behörden anzugehören [...], bis zum 5. November a.c. das Operationsgebiet der Armee zu verlassen haben“.⁸⁷ Bei Zuwiderhandlung drohte die Todesstrafe ebenso wie bei der „Verbreitung verbrecherischer Gerüchte, welche die Verwaltung des von der freiwilligen Westarmee besetzten Gebietes erschweren“,⁸⁸ was die liberal anmutende Verkündung, die Zensur der Ulmanis-Regierung aufzuheben, in einem etwas anderen Licht erscheinen lässt.

Neben diesen Maßnahmen bezüglich Recht und Ordnung war die Wiederbelebung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Wichtig blieb in dieser Hinsicht vor allem, dass eine Lösung für die prekäre finanzielle Lage der Armee gefunden werden musste. Der Zentralrat hatte ebenso wie zuvor der Militärpolitische Rat in Berlin höchstens überschaubare Erfolge in der Erschließung neuer Geldquellen zu vermelden. Daher mussten Lösungen vor Ort gefunden werden.

Zunächst traf der Militärgouverneur währungspolitische Maßnahmen. In seiner ersten Verordnung vom 9. Oktober erklärte er den Zarenrubel zum gesetzlichen Zahlungsmittel mit einem Wechselkurs von einem Ostrubel zu zwei Zarenrubeln.⁸⁹ Am 20. Oktober folgte die Einrichtung eines „West-Kredit-Kontors“ in Mitau. Dieses Kontor sollte fortan als Rentei fungieren und darüber hinaus Einlagen von Privatpersonen annehmen, Darlehen vergeben, mit ausländischer Valuta und Wertpapieren handeln sowie Kommissionsaufträge ausführen. „Alle Regierungsbehörden des Zivil- und Militärressorts“ waren angewiesen, „ihre gesamten freien Barbestände [...] im Kredit-Kontor zu deponieren“.⁹⁰ So schienen Zentralisierung und Kontrolle der Finanztransaktionen sichergestellt. Wenige Tage später übernahm das Kredit-Kontor dann auch die von General von der Goltz angeregte Ausgabe eigenen Geldes. Nun war es der Zentralrat, der mit Genehmigung Bermonds verkündete, dass „vom 24. Oktober a. c. [...] Geld der Freiwilligen Westarmee im Betrage von 10.000.000 Mark in Umlauf gesetzt“⁹¹ werde. Dabei war die Währung, für die auch ein obligatorischer Wechselkurs festgesetzt wurde,⁹² ausdrücklich als Provisorium gedacht.⁹³

⁸⁶ Mitausches Tageblatt vom 20.10.1919. Weiter hieß es hier: „Bestechungsversuche beleidigen sämtliche Beamte der mir unterstellten Behörden, die sich zur Aufgabe gestellt haben, für die Errettung und Erneuerung unserer schwergeprüften Heimat zu arbeiten.“

⁸⁷ Tagesbefehl Nr. 3 des Militärgouverneuren der von der Freiwilligen Westarmee besetzten Gebiete, in: Die Trommel vom 04.11.1919.

⁸⁸ Tagesbefehl Nr. 1 des Militär-Gouverneuren (wie Anm. 20).

⁸⁹ Ebenda.

⁹⁰ Mitausches Tageblatt vom 21.10.1919.

⁹¹ Mitausches Tageblatt vom 28.10.1919.

⁹² „2 Mark im Gelde der Freiwilligen Westarmee gleichen einem Ost-Rubel oder 2 Zaren-Rubeln.“ Vgl. ebenda.

⁹³ Ebenda.

Ziel war es also, alles im Besatzungsgebiet vorhandene Geld mit echter Kaufkraft im Kredit-Kontor zu zentralisieren. Privatpersonen sollten nur in Ausnahmefällen über andere Währungen verfügen, etwa wenn sich Militär-angehörige auf Heimaturlaub begaben oder wenn Kaufleute ausländische Valuta zum Ankauf von Waren benötigten. Bei Transaktionen innerhalb des Besatzungsgebiets sollte „denjenigen Käufern der Vorzug gegeben werden, welche mit dem Gelde der Freiwilligen Westarmee zahlen“.⁹⁴ Weiter wurde verfügt, dass die neue Währung „bedingungslos bei allen Privaten- und Kronszahlungen⁹⁵ entgegenzunehmen“⁹⁶ sei, wobei die Verweigerung der Annahme unter Geld- und Gefängnisstrafe gestellt wurde.

Allerdings war die Einführung des neuen Geldes mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Wenig vorteilhaft erwies sich vor allem, dass man dem Hinweis Generals von der Goltz nicht gänzlich Folge geleistet hatte und das Geld der Westarmee nicht vor Ort, sondern in Berlin und Potsdam drucken ließ. Als die reichsdeutsche Presse, die der militärischen Unternehmung im Baltikum in weiten Teilen sehr kritisch gegenüberstand, davon erfuhr, war klar, dass dieser weitere Skandal, der sogar in der Nationalversammlung besprochen wurde, der ohnehin schlechten Reputation der Westarmee in der reichsdeutschen Öffentlichkeit zusätzlich schadete.⁹⁷

Während man diese Entwicklungen in Mitau aber zunächst noch getrost ignorieren konnte, war die ausbleibende Akzeptanz des neuen Zahlungsmittels im Besatzungsgebiet das weitaus größere Problem. Die Propagandaabteilung sah sich genötigt, ausgiebig für die neue Währung zu werben:

„Von außerordentlich weittragender Bedeutung ist die Herausgabe dieses Geldes und es ist notwendig [,] dafür zu sorgen, daß jeglicher Spekulation mit dem neuen Gelde von vornherein das Handwerk gelegt wird. Vor allem sei festgestellt, daß das neue sogenannte ‚Bermond-Geld‘ einen unbedingt realen Wert darstellt, der stabil bleiben wird, weil das ganze Unternehmen der russischen Westarmee auf moralisch hochwertigem Boden steht. Die gegebenen Garantien sind gediegen und müssen von jedem ohne weiteres als solche anerkannt werden. [...] Wichtig und wertvoll als Garantie für das Geld der russischen Westarmee bleibt aber auch die Tatsache, daß die gesamte Armee mit ihrem Leben, mit ihrer ganzen Kraft und ihrem festen Willen sich einsetzt, den Bolschewismus zu vernichten. Mit anderen Worten, jeder

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ Die Begriffswahl ist ein weiterer Beleg dafür, dass Bermondts seine Maßnahmen als Fortsetzung der Verwaltung des Zarenreichs verstand. Hierfür spricht auch die Formulierung, dass die neue Währung „durch das gesamte Heeresgut der Freiwilligen Westarmee, wie auch durch das gesamte in dem von der Freiwilligen Westarmee besetzten Gebiete belegene Kronseigentum garantiert“ sei. Vgl. ebenda.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Vgl. z. B.: Informationen des Außenministers, in: Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands vom 28.10.1919; 15 Millionen Westrussengelder beschlagnahmt, in: Vorwärts vom 14.11.1919.

einzelne Angehörige der Armee steht tatsächlich mit seinem Leben für das Geld ein, das jüngst herausgegeben wurde.“⁹⁸

Erstaunlich offen wurde hier also thematisiert, dass der Erfolg der Währung nicht nur von der Kampfleistung der Truppe, sondern auch von der moralischen Integrität der Unternehmung abhing und dass es auf die Identifikation jedes Einzelnen mit der neuen Währung ankam. Ohne externe finanzielle Unterstützung versuchte man also, die Bevölkerung des Besatzungsgebiets und die eigenen Soldaten zu Teilhabern an der Militärunternehmung zu machen, und argumentierte entsprechend moralisierend. Allerdings gingen selbst diese engagierten Aufrufe zumeist ins Leere. Auch wenn die Propaganda bemüht war, Erfolge in der Geldpolitik zu betonen, und sogar ein Historiker wie Hans-Erich Volkmann zu dem Ergebnis kommt, das Bermond-Geld habe eine gewisse Kaufkraft entwickeln können,⁹⁹ verweigerten selbst militärische Stellen allen Strafandrohungen zum Trotz die Annahme des neuen Geldes. So beschwerte sich ein Leutnant:

„Verschiedene öffentliche Anstalten nehmen noch heute kein Bermond [sic!] und Zarengeld an. So verweigerte neulich die Feldbuchhandlung in Schaulen die Annahme von Zarenrubeln, und gestern versagte man mir am Gepäckschalter in Mitau die Herausgabe meines Gepäcks, da ich nicht in deutschem oder Oberostgelde zahlen konnte. Befehlsgemäß gilt das Bermond-Geld und der Zarenrublel als gesetzliches Zahlungsmittel, und es geht nicht an, daß gerade öffentliche Anstalten eine Ausnahme machen, zumal die meisten Heeresangehörigen gar kein anderes Geld haben. Es wäre Zeit, daß die einschlägigen Stellen der Armee sich mit diesem Uebelstande beschäftigen.“¹⁰⁰

Einige Probleme in der Geldpolitik hatten schon vor der Einführung der neuen Währung bestanden. Insbesondere die wirtschaftliche Anbindung an den deutschen Markt erschwerte die Wiederbelebung einer russischen Währung in Kurland. So hatte die *Trommel* schon am 17. Oktober darauf hingewiesen, dass „Kantinen und Feldbuchhandlung“ die Annahme von Zarenrubeln verweigerten, „da sie zum Einkauf in Deutschland Oberostgeld brauchen“.¹⁰¹

Während die Währungspolitik also weitgehend ins Leere zu laufen schien, führten auch weitere Maßnahmen wie die Erhebung neuer Steuern¹⁰² oder das Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen aus dem Besatzungsgebiet¹⁰³ zu keinen kurzfristigen finanziellen Erfolgen. Selbst die Redakteure der *Trommel* mussten eingestehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung wenig zufriedenstellend verlief, was sie vor allem auf die „ungeheuren Transportschwierigkeiten“¹⁰⁴ zurückführten. Die von der Entente verhängte Blockade der Ostsee entfaltete

⁹⁸ Das neue Geld, in: Beilage zur *Trommel* vom 01.11.1919.

⁹⁹ VOLKMANN, S. 72.

¹⁰⁰ Bermond-Geld, in: *Die Trommel* vom 08.11.1919.

¹⁰¹ Zarenrublel – Oberostgeld, in: Siebentes Extrablatt der *Trommel* vom 17.10.1919.

¹⁰² *Die Trommel* vom 06.11.1919.

¹⁰³ *Mitausches Tageblatt* vom 28.10.1919.

¹⁰⁴ Die wirtschaftliche Lage in Mitau, in: *Die Trommel* vom 04.11.1919.

ihre Wirkung, und auch der Eisenbahnverkehr von und nach Deutschland durch polnisches und litauisches Territorium verlief bestenfalls unregelmäßig. So war inzwischen auch der Feldpostverkehr mit Deutschland eingestellt worden.¹⁰⁵ Unter diesen Bedingungen schien sich die Versorgungslage innerhalb des Besatzungsgebiets nicht mehr zum Besseren wenden zu können. Am 8. November berichtete die *Trommel* über die „Mitauer Marktlage“:

„Die Preise auf dem Mitauer Markt haben in den letzten Tagen bedeutend angezogen. [...] Der Markt war wenig beschickt; ein großer Teil der Bauern führte Lebensmittel überhaupt nicht ein, sodaß an verschiedenen Lebensmitteln Mangel herrschte. Es ist sonderbar, daß gerade jetzt, wo Requisitionen nicht mehr stattfinden und den Bauern auf den Zufahrtsstraßen keine Schwierigkeiten gemacht werden, die Zufuhren so rapide nachgelassen haben. Man kann dies nur darauf zurückführen, daß der Bauer böswillig seine Zufuhren einstellt. Man wird überlegen müssen, ob es nicht ratsam erscheint, daß die Bevölkerung zur Selbsthilfe schreitet, um den Bauer zu zwingen, seine Waren weiter einzuführen und die Preise herabzusetzen. Es liegt gerade für den Bauern jetzt kein Grund vor, die Stadt mit Lebensmitteln nicht zu versorgen, denn nirgends in Europa erzielt der Bauer für seine Produkte so hohe Preise wie hier in Mitau.“¹⁰⁶

Diese kurze Meldung offenbarte, dass die Maßnahmen der Westarmee zur Wiederbelebung des Binnenmarktes gescheitert waren. Dass der Verfasser des Artikels den Grund dafür in der fehlenden Kooperationsbereitschaft der kurländischen Bauern sah, ist in vielerlei Hinsicht aussagekräftig. So ist der mehr oder minder direkt geäußerte Aufruf zur Gewalt gegen die Bauern, um so die Probleme in der Lebensmittelversorgung zu lösen, als Eingeständnis einer gescheiterten Politik zu werten, die stets die freiwillige Kooperation und den Verzicht auf Requirierungen betont hatte. Weiterhin verdeutlicht die Meldung eindrücklich, dass die Bauern Kurlands offenbar keine Veranlassung mehr sahen, ihre Waren auf dem Mitauer Markt anzubieten. Dies muss durchaus als Ausdruck ihres Verständnisses von Selbstbestimmung gesehen werden. Es würde allerdings zu weit gehen, dahinter ein politisches Bekenntnis zu vermuten. Vielmehr erscheinen andere Gründe für diese Entscheidung naheliegender. Zum einen ist anzuzweifeln, ob die Zufahrtswege nach Mitau tatsächlich sicher waren. Die von der *Trommel* konsequent ignorierten Verfallserscheinungen der Armee sprechen eher dafür, dass Anfang November Gewalt und Chaos den Alltag im Besatzungsgebiet noch mehr bestimmten als noch wenige Wochen zuvor. Zum anderen gab es für die Bauern keinerlei Veranlassung, ihre Produkte gegen ein Phantasiegeld ohne Kaufkraft einzutauschen. Dies verdeutlicht erneut, dass der ideologischen Debatte um die Durchsetzung von Selbstbestimmung die Befriedigung ganz elementarer Bedürfnisse vorgelagert war.

Aber auch in anderer Hinsicht kamen die Akteure der Westarmee zu der Erkenntnis, dass sie in bestimmten Bereichen zu liberal agiert hätten. Das schlechte Bild, das man in der öffentlichen Wahrnehmung abgab und das einer

¹⁰⁵ Einstellung des Feldpostbetriebes, in: Die *Trommel* vom 06.11.1919.

¹⁰⁶ Zur Mitauer Marktlage, in: Die *Trommel* vom 08.11.1919.

breiteren Unterstützung der Militärunternehmung wenig zuträglich war, sei durch eine zu freie Pressepolitik entstanden. Am 27. Oktober wurde daher „eine einheitliche Beeinflussung der deutschen und neutralen Presse“¹⁰⁷ veranlasst, und der Zentralrat und der Oberkommandierende führten eine „Zensur für sämtliche Telegramme“¹⁰⁸ ein.

Doch selbst im Besatzungsgebiet schien die Informationshoheit, die die Propagandakanäle der Westarmee zumindest über offiziell verbreitete Meldungen innehatten, nicht die erhoffte Wirkung zu entfalten. Dies führte ein Redakteur der *Trommel* auf die regionale Kultur zurück:

„Mitau ist seit jeher rühmlichst bekannt als das Städtchen, in dem die Zwischenträger und der Klatsch gedeihen. Nervöser Spannung und ersten Ereignissen scheint Mitau überhaupt nicht gewachsen zu sein und die Sucht der Bürgerschaft, die Dinge fantastisch zu verdrehen, scheint sich zum Teil auf die Truppen übertragen zu haben, die am Orte liegen. Für die Behauptung sprechen jedenfalls die letzten Tage und die Gerüchte, die in Mitau mit Bezug auf die kriegerischen Ereignisse verbreitet worden sind. Hinter der Kaiserbrücke am Stadtpark entlang stehen die vielen Kaffeetanten in der Hose. Bürger und Soldaten sieht man da die Köpfe zusammenstecken und beraten. Alle die unsinnigsten Gerüchte, die im Laufe der letzten Tage sich von Mitau aus über Stadt und Land verbreitet haben, sind dort geboren worden. Die Ankunft eines Wagens mit Verwundeten aus der Rigaer Richtung genügt dazu, eine Schlacht als verloren zu bezeichnen, und ein Nachzügler mit dem Karabiner auf der Schulter, der in der Richtung nach Riga zu trottelte, war Beweises genug dafür, daß die Spitzen der Westarmee unmittelbar vor Wenden standen. In der Tat, es ist unglaublich, wie nervös und kläglich man in Mitau allgemein auf die Ereignisse im Felde reagiert hat.“¹⁰⁹

Gerade die pessimistischen Gerüchte waren aber alles andere als unbegründet. Auch der Bevölkerung Mitaus konnten die nach kurzen Anfangerfolgen seit Oktoberbeginn fortwährend stattfindenden Rückzüge und Zerfallserscheinungen der Armee nicht verborgen geblieben sein. Die Propagandaabteilung versuchte weiterhin gegen dieses Stimmungsbild anzukämpfen und die eigenen Reihen zu schließen. So warb Dohrmann am 19. November unter dem Titel „Mehr Selbstbewußtsein“¹¹⁰ schon fast verzweifelt um mehr Vertrauen in das eigene Informationsangebot:

„Nach wie vor werden wir in der ‚Trommel‘ einen Ueberblick über die jeweilige militärische Lage geben, um die erregten Gemüter zu beruhigen. Aber diese Ausführungen müssen dann auch von jedermann geglaubt werden, sonst haben sie keinen Zweck und sonst wird sich die ‚Trommel‘ in Zukunft damit begnügen,

¹⁰⁷ An den Verbindungsoffizier der baltischen Landeswehr Herrn Rittmeister Armidstead, Mitau den 27.10.1919, in: DSHI, 120 Generalkommando 3, Bl. 7.

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Klatsch, in: Fünftes Extrablatt der „Trommel“ vom 13.10.1919.

¹¹⁰ Mehr Selbstbewußtsein, in: Die Trommel vom 19.11.1919.

ausschließlich Theaterberichte, Ammenmärchen, Anekdoten, Verlobungsanzeigen, Preislisten und Scherzgedichte zu veröffentlichen.“¹¹¹

Dohrmann war offensichtlich nicht gewillt, das eigene Informationsmonopol in Frage stellen zu lassen, auch wenn halbwegs kritische Leser selbst in den Artikeln der *Trommel* klare Anzeichen dafür finden konnten, dass der Feldzug der Westarmee ein Ende fand. Dabei ging Dohrmann sogar so weit, das Schicksal der ganzen Unternehmung an das Erscheinen seiner Zeitung zu koppeln, wenn er verlauten ließ: „Solange die Trommel erscheint, droht keine Gefahr!“¹¹²

Anteilig sollte er mit dieser Aussage Recht behalten: Tatsächlich erschienen diese Sätze in der letzten Ausgabe der *Trommel*. Immerhin musste Dohrmann auf diese Weise nicht mehr über den endgültigen Zerfall berichten. Reichsdeutsche Zeitungen hatten schon am 17. November die Auflösung des Zentralrats verkündet,¹¹³ nach anderen Darstellungen war sie bereits am 14. November erfolgt.¹¹⁴

7 Schlussfolgerungen

In der abschließenden Betrachtung offenbaren die Durchhalteparolen der Propagandaabteilung der Westarmee inmitten des allgegenwärtigen militärischen Zusammenbruchs, dass die vermeintliche sprachliche Deutungshoheit nur bedingt mit den tatsächlichen Entwicklungen im Besatzungsgebiet übereinstimmte. So stand der vertretene Anspruch des Aufbaus staatlicher Strukturen spätestens seit Mitte Oktober in keinem Verhältnis zu den militärischen Gegebenheiten. Das Scheitern dieser Unternehmung ist auf die Verknüpfung militärischer, politischer und wirtschaftlicher Faktoren zurückzuführen.

Maßgebend waren zunächst die äußeren Umstände: Auch wenn die Entente selbst wenig militärische Präsenz in dem Konflikt um die staatliche Neuordnung des Baltikums zeigte, so verfügte sie doch über andere Möglichkeiten, ihre Positionen mit Nachdruck durchzusetzen. Insbesondere die Androhung eines Einmarsches in Deutschland sowie die Verhängung der Ostseeblockade trafen die Akteure der Westarmee in empfindlicher Weise, da diese Maßnahmen nicht nur den Nachschub versiegen ließen, sondern auch die deutsche Regierung zwangen, jede Form der politischen oder finanziellen Unterstützung einzustellen. Ohne Entlohnung fehlte der Armee offensichtlich die Durchschlagskraft, sich trotz vermeintlicher militärischer Überlegenheit im Konflikt mit den lettländischen Truppen behaupten zu können. Diesen Missstand konnte selbst die engagierte Propaganda nicht übertünchen. Hinzu kam, dass man nicht mit der entschlossenen Gegenwehr der Armee Lettlands gerechnet hatte, die zunächst Rigas Altstadt erfolgreich verteidigte und dann zum Gegenangriff ansetzte. Gemeinsam mit litauischen Einheiten konnte so die Westarmee in kur-

¹¹¹ Ebenda.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Die westrussische Regierung aufgelöst, in: Vossische Zeitung vom 17.11.1919.

¹¹⁴ VOLKMANN, S. 73.

zer Zeit aufgegeben werden, sodass sich selbst der Rückzug nach Ostpreußen für die deutschen und russischen Truppen äußerst beschwerlich gestaltete.

Auch die politische Strategie der Akteure um Bermondts, sich als alternative Ordnungsmacht gegenüber der Ulmanis-Regierung zu profilieren und sich so die Unterstützung der lokalen Bevölkerung zu sichern, war offensichtlich gescheitert. Dies ist nicht allein auf die Heterogenität der in der Westarmee vereinten machtpolitischen Absichten, die internen Intrigen oder den ineffizienten Aufbau von Armee und Behörden zurückzuführen. Vielmehr hat die genauere Betrachtung des Politikentwurfs der Westarmee offenbart, dass diese trotz der heterogenen Zusammensetzung eine einheitliche strategische Linie verfolgte, die insbesondere von Bermondts als Sprachrohr der multiplen Interessen vertreten wurde. Diese Strategie stützte sich in erster Linie auf das pragmatische Versprechen, auf Requirierungen und Mobilisierungen zu verzichten, und kombinierte dies mit dem vagen Bekenntnis zu einer staatlichen Neuordnung der Region nach den Prinzipien der Selbstbestimmung, sobald die Kampfhandlungen beendet sein würden.

Ob diese politische Strategie in der lokalen Bevölkerung Anklang fand, kann mit dem untersuchten Material nicht eindeutig beantwortet werden. Allerdings ist anzunehmen, dass die Frage der politischen Neuordnung zunächst als trivial erschien, solange die Kriegshandlungen andauerten. Unter diesen Umständen konnten weder die Militäradministration noch der Westrussische Zentralrat beweisen, dass man den Anforderungen einer regionalen Ordnungsmacht gewachsen war. Die Institutionen der Westarmee vermochten es nicht, im Besatzungsgebiet Strukturen wirtschaftlicher oder rechtsstaatlicher Stabilität einzuführen. So verlor die Westarmee den selbst proklamierten Systemkonflikt, da auch das Argument, dass die baltischen Staaten nicht lebensfähig seien und für eine Bolschewisierung der Region stünden, sich angesichts derer militärischen und politischen Erfolge nicht halten ließ.

Aus diesen Gründen ist nachvollziehbar, warum eine Re-Imperialisierung der Region keine machtpolitische Alternative mehr darstellte. Der Fokus auf die Binnenperspektiven der Westarmee offenbart jedoch, welche Vorstellungen staatlicher Neuordnung die Akteure selbst vertraten und welche Strategien und Ankündigungen ihnen als Konsens erfolgversprechend erschienen. Dabei bleibt der Eindruck bestehen, dass diese Vorstellungen von einer eklatanten Realitätsferne geprägt waren. Als exemplarische Augenwischerei muss in dieser Hinsicht die von Bermondts eingangs beschriebene Zustimmung zu seiner Politik gelten, die sich ihm zufolge darin geäußert habe, dass die Bevölkerung überall in Kurland die Fahne des Zarenreiches gehisst hatte: Glaubt man der Darstellung der *Libauschen Zeitung*, so hatte Bermondts diese Beflaggung selbst angeordnet.¹¹⁵

¹¹⁵ Libausche Zeitung vom 01.11.1919.

Bibliography

Unpublished Sources

Dokumentesammlung des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung,
Marburg (DSHI)
120 Generalkommando 3, 4.
190 BR/BLW 019, 279.
190 LivSta 88.

Literature

- BARINOV, IVAN STRELKOV: „Kto vy, knjaz‘ Avalov?“ Portret političeskogo avantjurista vremen Graždanskoj vojny v Rossii, in: Forum novejšej vostočnoevropejskoj istorii i kul'tury 2 (2017), pp. 136–156.
- CHERNEV, BORISLAV: The Brest-Litovsk Moment: Self-Determination Discourse in Eastern Europe before Wilsonianism, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011), 3, pp. 369–387.
- Freiheit: Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands 1919.
- Im Kampf gegen den Bolschewismus: Erinnerungen von General Fürst Awaloff. Oberbefehlshaber der deutsch-russischen Westarmee im Baltikum, Glückstadt—Hamburg 1925.
- JĒKABSONS, ĒRIKS: Nevērtēsim Bermontu pārāk zemu: Krievijas arhīvu ziņas par Pāvela Bermonta biogrāfiju, in: *Latvijas Avīze* from 01.12.2014, <https://www.la.lv/nevertesimbermontu-parak-zemu> (2021-10-08).
- KATZER, NIKOLAUS: Die weiße Bewegung in Russland: Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg, Köln et al. 1999.
- Königsberger Hartungsche Zeitung 1919.
- KOSELLECK, REINHART: *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1979.
- KUSBER, JAN: Überleben zwischen den Großmächten: Lettische Außenpolitik, in: IVARS ĪABS, JAN KUSBER et al. (eds.): *Lettland 1918–2018: Ein Jahrhundert Staatlichkeit*, Paderborn 2018, pp. 51–62.
- LENZ, WILHELM: Die Bermond-Affaire 1919, in: *Journal of Baltic Studies* 15 (1984), 1, pp. 17–26.
- LENZ, WILHELM: Deutsche Machtpolitik in Lettland im Jahre 1919: Ausgewählte Dokumente des von General Rüdiger Graf von der Goltz geführten Generalkommandos des VI. Reservekorps, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 36 (1987), 4, pp. 523–576.
- LENZ, WILHELM: Deutschbalten und Bermond: Ihre Zusammenarbeit während der zweiten Hälfte des Jahres 1919, in: BORIS MEISSNER, DIETRICH A. LOEBER et al. (eds.): *Die deutsche Volksgruppe in Lettland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-lettischen Verhältnisses*, Hamburg 2000, pp. 15–39.
- Libausche Zeitung 1919.
- LIULEVICIUS, VEJAS G.: *Kriegsland im Osten: Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002.
- MANELA, EREZ: *The Wilsonian Moment: Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford—New York 2009.
- Mitausches Tageblatt 1919.
- RAUCH, GEORG VON: *Geschichte der baltischen Staaten*, Stuttgart et al. 1970.
- Rigasche Rundschau 1919.
- SANBORN, JOSHUA: The Genesis of Russian Warlordism: Violence and Governance during the First World War and the Civil War, in: *Contemporary European History* 19 (2010), 3, pp. 195–213.

SCHEDLER, ANDREAS: Taking Uncertainty Seriously: The Blurred Boundaries of Democratic Transition and Consolidation, in: *Democratization* 8 (2001), 4, pp. 1–22.

Die Trommel 1919.

VOLKMANN, HANS-ERICH: *Die Russische Emigration in Deutschland 1919–1929*, Würzburg 1966.

Vorwärts 1919.

Vossische Zeitung 1919.

Zapadnij Kraj 1919.

